



Rudolf Heiler:

Breitbandversorgung auch im ländlichen Raum

Der oberbayerische Gemeindetag verabschiedete eine Resolution, die sich unter anderem mit Kommunikationstechnologien befasst. **Seite 11**



Karl Freller:

Erwachsenenbildung ist unverzichtbar

Bei der bvv-Landestagung in Passau sicherte der Kultusstaatssekretär die uneingeschränkte Unterstützung der Staatsregierung zu. **Seite 3**



Dr. Günther Denzler:

Ein Jahrzehnt Bamberger Landrat

Der „dezent, dynamische Dirigent“, wie er einmal beschrieben wurde, zieht eine Zwischenbilanz, die sich sehen lassen kann. **Seite 10**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 18. Mai 2006

57. Jahrgang / Nummer 10

Bayerischer Landkreistag in Gersthofen:

Starke Landkreise für Bayerns Zukunft

Der ländliche Raum mit seinen Stärken und Chancen war Schwerpunkt der zweitägigen Jahresversammlung des Bayerischen Landkreistags in Gersthofen, Landkreis Augsburg. Unter dem Motto „Starke Landkreise für Bayerns Zukunft“ konnte Präsident Theo Zellner eine Reihe prominenter Politiker willkommen heißen. In Form von zehn Thesen formulierte der Chamer Landrat Bedingungen für kraftvolle Landkreise (siehe Kasten Seite 4).

„Ein Land ist nur dann stark, wenn auch sein ländlicher Raum stark ist. Bestes Beispiel dafür ist Bayern: Hier ist das Gefälle von Lebensqualität und Wohlstand nicht so ausgeprägt wie in anderen Flächenländern; Stadt und Land halten sich noch die Waage“, betonte Theo Zellner. Damit dies auch in Zukunft so bleibt und der ländliche Raum seine Stärken ausbauen kann, müsse er in seinen Funktionen als Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensraum betrachtet und gefördert werden.

Attraktive Lebens- und Wirtschaftsräume

Auch wenn die Landkreise jetzt schon attraktive Lebens- und

Wirtschaftsräume seien, so betrachte er doch sorgenvoll die angespannte Finanzlage. Zwar verspürten die Landkreise und Bezirke durch den Anstieg der Steuereinnahmen 2004 und 2005 eine gewisse Erleichterung, die Sozialausgaben der Kommunen stiegen dennoch unverdrossen an.

Steigende Sozialausgaben

Der Zuwachs bei den Sozialausgaben 2004 und 2005 betrage jeweils mehr als 200 Mio. Euro. Vergleiche man die Sozialausgaben 1989 mit denen von 2006, sei festzustellen, dass diese von 1,8 auf 4,8 Mrd. Euro ansteigen werden. 3 Mrd. Euro Mehrbelastung bedeute im Endresultat den Anstieg der landesdurch-

das von ihm initiierte kommunale Entlastungsgesetz ein.

Hilfen zur Selbsthilfe

Dass sein Ministerium in punkto Stärkung des ländlichen Raums mit gutem Beispiel vorangeht, darauf verwies Landwirtschaftsminister Josef Miller. Es biete auch in Zeiten knapper



Staatsminister Erwin Huber

werdender Haushaltsmittel den Gemeinden und Landkreisen vielfältige Hilfen zur Selbsthilfe. Als „Schlüsselinstrument“ seines Hauses nannte er die integrierte ländliche Entwicklung (ILE). Mit ihren Kerninstrumenten Flurneuordnung und Dorferneuerung sei sie besonders gut geeignet, die Allianz zu begleiten und zu fördern sowie Ökonomie, Ökologie und soziale Erfordernisse stärker als bisher zu vernetzen.

Warnung vor Kirchturm-Denken

Gleichzeitig warnte der Minister vor dem immer noch weit verbreiteten „Kirchturm-Denken“. Dringend notwendig sei eine neue Bereitschaft zum (Fortsetzung auf Seite 4)



„Dankbar und froh über das vielfältige Engagement, die zahllosen Besucher und die zahlreichen Vor-Leser“ zeigte sich der Initiator der Aktion „Bücher aus dem Feuer“, Gerhard Schmitt-Thiel. In ganz Deutschland wurden am 10. Mai jene Autoren zitiert, deren Werke die Nazis 1938 verbrannten. Wie schon im vergangenen Jahr waren es überaus viele bayerische Kommunen, die sich mit Gedenkveranstaltungen beteiligten. Die Bayerische Gemeindezeitung wird in einer der nächsten Ausgaben darüber berichten. Unsere Aufnahme entstand in der Bayerischen Staatsbibliothek und zeigt in der ersten Reihe Finanzminister Prof. Kurt Faltlhauser, AZ-Herausgeber Anneliese Friedmann und den Schauspieler Horst Jüssen. Foto: M. Hank



Gemeinsam stark machen für den ländlichen Raum: Landräte-Präsident Theo Zellner, Landwirtschaftsminister Josef Miller und Vizepräsidentin Bruni Mayer gemeinsam mit den Gastgebern Landrat Dr. Karl Vogele sowie Bürgermeister Siegfried Deffner (v. l.). Foto: Reigl

Cluster-Prognose Bayern:

Top-Arbeitsplatzschaffer

Standorte und Branchen im Vergleich

Wo werden in den nächsten Jahren Arbeitsplätze entstehen, wo verloren gehen? Ein Forschungsinstitut an der privaten Hochschule BiT in Iserlohn hat jetzt die Entwicklung aller 96 bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte unter die Lupe genommen. Ergebnis: Würzburg, Freising und München gehören in Zukunft zu den Wachstumsregionen. Hier entstehen 10.000 neue Jobs.

„Wir haben uns die Arbeitslosenstatistiken angesehen und die Strukturdaten verglichen. Wir haben uns angesehen, wie hoch der Anteil von Branchen ist, in denen mit einem Arbeitsplatz-Wachstum zu rechnen ist, und wo eher traditionelle Branchen sind, die eher weiter Arbeitsplätze abbauen. Daraus haben wir eine Prognose bis 2009 gewagt“, erklärte hierzu Dr. Peter Vieregge, Leiter des Instituts für Regional- und Clustermanagement.

Höchstes Beschäftigungswachstum

Auch in Bayern hält der Trend an, dass einerseits Arbeitsplätze in traditionellen Branchen verloren gehen, andererseits neue im Dienstleistungssektor entstehen. Die beiden Branchen mit dem höchsten Beschäftigungswachstum sind in Bayern das Gesundheitswesen mit 47.500 Beschäf-

wachs von 1,64% und 1.080 neuen Beschäftigten und die Stadt München (1,63% / 10.850). Im Zeitraum von 1999 bis 2004 gab es 44 Standorte, die Beschäftigungswachstum aufwiesen. Die drei stärksten waren der Kreis Ebersberg (14,25% bzw. 3.660 neue Beschäftigte), der Kreis Freising (13,46% / 7.780) und die Stadt Straubing (13,36% / 2.830).

Ländliche Regionen, die sehr stark von traditionellen Branchen geprägt sind, mussten im (Fortsetzung auf Seite 4)

tigten bis 2009 und unternehmensnahe Dienstleistungen. Hier wird der Zuwachs auf 28.700 Stellen geschätzt. Mit großem Abstand folgen Datenverarbeitung (plus 5900 Jobs), Erziehung und Unterricht (plus 5500 Stellen) sowie Logistik (plus 5100 Jobs), Kultur, Sport und Unterhaltung mit 3600 Beschäftigten. Vieregge fürchtet, dass die in Bayern traditionell starken Arbeitsplatzschaffer Elektrotechnik und Elektronik in Zukunft kaum noch in der Lage sein werden, die Arbeitsplätze zu halten.

Kompetenzbranchen

Die Beschäftigungsentwicklung von 2004 bis 2009 hängt vor allem von der Branchenstruktur und vom prognostizierten Wachstum der einzelnen Branchen ab. Am stärksten aufgestellt ist hierbei die Stadt Würzburg mit einem Zuwachs von 1,88% bzw. 1.380 Beschäftigten. Dies hängt damit zusammen, dass die Wachstumsbranchen Gesundheitswesen und Erziehung und Unterricht zu den stärksten Kompetenzbranchen in Würzburg gehören. Allerdings startet Würzburg von einem schwachen Niveau aus. Auf den Plätzen zwei und drei folgen der Kreis Freising mit einem Zu-



Der Bürgermeister geht die Fußball-WM zweigleisig an. Für die Fans wird eine Großbildübertragung organisiert. Für die Aussteiger werden an den Spielabenden Film-Soiréen geboten. Und sollten die deutschen Herren es den Damen nicht nachmachen, Champion zu werden, kann auf Oscar Wilde zurückgegriffen werden. S. 11

Bayern ist Jobwachstumsland Nummer 1

Für den Wirtschaftsstandort Bayern bahnt sich ein erfolgreiches Jahr 2006 an. Mit einem erwarteten Wachstum von deutlich über zwei Prozent wird sich der Freistaat von allen anderen Bundesländern absetzen und zugleich die beschäftigungswirksame Schwelle überschreiten können, teilte Wirtschaftsminister Erwin Huber bei der Vorstellung des Konjunktur- und Wachstumsberichts 2006 mit. Das Überschreiten dieser magischen Schwelle wird die bereits eingeleitete Trendwende auf dem bayerischen Arbeitsmarkt einen zusätzlichen Schub geben, äußerte sich der Minister zuversichtlich.

Durch eine erfolgreich praktizierte Standortpolitik weist Bayern zudem die höchste Selbständigen-Quote, die niedrigste Proporzverschuldung und die höchste Investitionsquote auf. Diese Politik soll daher auch in Zukunft fortgesetzt werden. Dem bayerischen Kabinett erklärte Huber: „Wir werden klar über dem bundesweit prognostizierten Wachstum von rund 1,8 Prozent liegen und Lokomotive für Konjunktur und Wachstum in ganz Deutschland sein.“ Bereits jetzt kann Bayern als einziges Bundesland in den vergangenen zehn Jahren einen Beschäftigungszuwachs verzeichnen und ist das Jobwachstumsland Nummer 1 in Deutschland (siehe auch Seite 2). DK

schnittlichen Kreisumlagesätze von 37,8 Prozent in 1989 auf 49,0 Prozentpunkte in 2005.

Unhaltbare Zustände

Daneben habe sich die kommunale Verschuldung zwischen 1989 und 2004 um 84 Prozent erhöht. Gleichzeitig gingen die Bauinvestitionen allein in den vergangenen Jahren um 30 Prozent zurück. Rasanter Anstieg der Sozialausgaben, der Kreisumlage und der Verschuldung in Verbindung mit einem nachhaltigen Verzicht auf kommunale Bauinvestitionen - „ein insgesamt unhaltbarer Zustand“, wie Zellner betonte. Der Bayerische Landkreistag forderte daher den Abbau kostenintensiver Vorgaben zur Erfüllung kommunaler Aufgaben und setzt sich weiterhin für

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

CSU setzt beim LEP eigene Akzente	Seite 2
Online-Umfrage: Spitzenwerte für den Freistaat	2
GZ-Kolumne Hanns Dorfner: Der Landrat ist der beste Regionalmanager	3
Offene Türen am „Tag der Archive“	3
Mehr Transparenz bei GmbHs	4
GZ-Fachthemen: Kommunales Verkehrswesen	5/6
Abfall und Recycling	7 - 9
Aus den bayerischen Kommunen	10 - 12

Die CSU setzt beim LEP eigene Akzente

**Kurzfristige Teilfortschreibungen werden angestrebt
Zentrale Orte können auch abgestuft werden - Appell an Kommunen, sich über Einkaufszentren zu einigen**

Das neue Landesentwicklungsprogramm (LEP), das derzeit in der Schlussphase der Landtagsberatungen steht und am 6. Juli verabschiedet werden soll, wird in Teilen häufiger fortgeschrieben werden, als bisher. Mit diesem „Strategiewechsel“ soll der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung Bayerns in ländlichen Gebieten und Metropolregionen - diese neu im LEP gleichermaßen besser Rechnung getragen werden. Die Leitlinien des Entwurfs der Staatsregierung hat die CSU-Fraktion grundsätzlich begrüßt, für die abschließenden Beratungen in Ausschüssen und Plenum jedoch einige Akzente anders gesetzt und Details korrigiert.

Die Regierungsfraktion hat das LEP mit den Korrekturen nach intensiver interner Diskussion bei nur zwei Stimmenthaltungen (eine vom oberbayerischen Handwerkskammerpräsidenten Heinrich Traublinger) gebilligt. Die grundsätzlichen Anmerkungen sind in einer Resolution, die gezielten Änderungswünsche in einem Gesamtantrag zusammengefasst. Franz Josef Pschierer, der Vorsitzende im federführenden Wirtschaftsausschuss, und Reinhold Bocklet als Berichterstatter betonten, die CSU sei auch während der abschließenden Beratungen noch änderungsbereit.

Fraktionsarbeitskreise

Sie wandten sich insbesondere an die kommunalen Spitzenverbände, aber auch an Wirtschaft und Einzelhandel, die letzten Wochen zu nutzen, um zum Beispiel in den strittigen Fragen der Einzelhandelsprojekte und der Zentralen Orte unter sich und mit der CSU-Fraktion zu Kompromissen zu kommen. Dafür seien die Fraktionsarbeitskreise noch offen. „Wir zementieren nichts für die nächsten zehn Jahre,“ versicherte Bocklet zudem.

Positive Wirkungen in das Umland hineinragen

Die LEP-Vorlage der Staatsregierung wurde von der CSU-Fraktion u. a. durch die Formulierung ergänzt, um kein Gefälle zwischen den Monopolregionen und ihrem Umland zu erzeugen, sei es besonders wichtig, deren positive Wirkungen „in das Umland hineinzugetragen und dort zu nutzen“. Dazu seien leistungsfähige Verkehrsverbindungen sowie großräumige Netzwerke und Kooperation erforderlich.

Die Demografie und die Vollenkung der Verwaltungsreform in einigen Jahren werden eine wichtige Rolle für die Zentralen Orte spielen. „Da geht es nicht nur nach oben“, betonte Pschierer. Darauf müssten sich die Kommunen einstellen.

Umstrittene Einzelhandelsprojekte

Auf der weiteren „Großbaustelle“ Einzelhandelsprojekte verfiel die CSU das Konzept, sie in Orten zuzulassen, die entweder mit einem entsprechenden Projekt im benachbarten Ausland bzw. Bundesland in Wettbewerb stehen oder denen es am entsprechenden Einzelhandel fehlt. Wie groß solche Zentren sein dürfen und nach welchen örtlichen Voraussetzungen sie genehmigt werden können, blieb in den bisherigen Verhandlungen mit Wirtschafts- und kommunalen Spitzenverbänden umstritten. „Wir haben den Ball mehrfach auf die andere Seite gespielt,“ berichtete Pschierer, er sei aber bisher nicht zurückgekommen. Unter den Kommunen gebe es bislang leider keinen Konsens.

Warnung vor falscher Magersucht

Bei aller Zustimmung zur „Verschlankung“ des LEP hat die CSU-Fraktion vor „falscher Magersucht“ gewarnt. Zum Beispiel die von der Staatsregierung weggelassenen einzelnen Schienen- und Straßenprojekte wurden wieder in den Text aufgenommen. Ihre Streichung wäre, so Bocklet, das falsche Signal für Bahn und Bund als Bauträger bzw. Zahler gewesen. Eine andere Ergänzung der Regierungsvorlage betrifft die „bedarfsgerechte, .. gleichmäßige

und ambulante Versorgung der Bevölkerung“ durch Ärzte und Zahnärzte, Apotheken und Psychotherapeuten. Psychisch Kranke müssten überall „ein selbstbestimmtes Leben möglichst an ihrem bisherigen Wohnort führen können“.

81 Änderungsanträge

Die Opposition, von der 81 Änderungsanträge vorlagen, blieb dabei: Der Entwurf sei ein Torso. Wesentliches wie die Thematik Einzelhandel und die Zentralen Orte würden ausgeklammert, beanstandete die stellvertretende Ausschussvorsitzende Dr. Hildegard Kronawitter (SPD). Das auf Teilfortschreibungen zu verschieben, gleiche einem Offenbarungseid. Man hätte sich mehr Zeit nehmen müssen.

Keim der Rechtswidrigkeit

Ihr Fraktionskollege Dr. Thomas Beyer meinte, die CSU lege den Keim der Rechtswidrigkeit in das LEP, wenn wesentliche Punkte von vorne herein als überarbeitungsbedürftig bezeichnet werden. Dr. Christian Magerl (Grüne) verwies darauf, dass am 21. Juli neue EU-Richtlinien in Kraft treten, die für das LEP eine „strategische Umweltpflicht“ erfordern würden. Die ungeliebte Hektik der CSU gehe darauf zurück.

Bocklet entgegnete, eine solche Prüfung würde die dringend notwendige LEP-Fortschreibung um ein bis einhalb Jahre verzögern. Die von der Opposition geforderte Zurückziehung der Vorlage wurde abgelehnt, ebenso erging es grundsätzlichen Änderungsanträgen. Bei Einzelheiten zeigte sich die CSU diskussionsbereit. Auf der Tagesordnung standen auch 163 Eingaben zum LEP. **rm**

Online-Umfrage „Perspektive Deutschland“:

Spitzenwerte für den Freistaat

Die bayerischen Städte und Regionen zählen zu den lebenswertesten in Deutschland. Bei der großen Online-Umfrage „Perspektive Deutschland“, die die Unternehmensberatung McKinsey zusammen mit dem Magazin Stern, dem ZDF und dem Internet-Anbieter web.de durchgeführt hat, rangierten sie in allen Bereichen auf Spitzenplätzen.

Insgesamt konstatieren 77 Prozent der bayerischen Bevölkerung, mit ihrer Region, in der sie leben, sehr zufrieden zu sein. Ministerpräsident Edmund Stoiber freute sich über das Ergebnis: „Die Menschen leben gern in Bayern, weil wir wirtschaftlich gut gestellt sind, die Eltern für ihre Kinder gute Bildungsmöglichkeiten haben und ein hohes Maß an Sicherheit besteht.“

Attraktivste Standorte

Bayern zählt der Umfrage zufolge zusammen mit Baden-Württemberg und dem Stadtstaat Hamburg zu den attraktivsten Standorten innerhalb Deutschlands. Insgesamt sind unter den Top 20-Regionen neun bayerische und sieben baden-württembergische. Thomas von Mitschke, Direktor von McKinsey München und verantwortlich für die Studie, sagte dazu: „Bayern und Baden-Württemberg genießen einen Sonderstatus in Deutschland. Die wirtschaftliche



Im Jahr der Fußball-Weltmeisterschaft hat Dieter Hanitzsch für die LBS Bayern ein Schafkopfkartenspiel mit Karikaturen bayerischer Spitzenpolitiker in Fußballer-Pose gestaltet. Der bekannte Karikaturist und LBS-Chef Franz Wirnhier präsentierte die einmalige Sammlung namhafter Ober, Unter und Könige gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden der im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien. Die „Originale“ Joachim Herrmann (CSU), Franz Maget (SPD) und Margarete Bause (Bündnis 90/Die Grünen) zeigten sich mit ihren Trumpfkarten, auf denen „Herz Unter“, Herrmann, „Schellen Unter“, Maget und „Gras Oberin“ Bause treffsicher als Ballkünstler in Szene gesetzt sind. Ihre öffentliche Premiere feierte die exklusive Edition zum Auftakt des „1. Parlaments- und Medien-Schafkopfturniers“ des Sparkassenverbandes Bayern und der LBS. Schirmherr der Veranstaltung war Landtagspräsident Alois Glück, selbst „Eichel König“ im klickenden Spielkarten-Ensemble von Dieter Hanitzsch.

Sie präsentierten zum Auftakt des 1. Parlaments- und Medien-Schafkopfturniers des Sparkassenverbandes Bayern Trümpfe aus der LBS-Schafkopfkartenedition klickender bayerischer Spitzenpolitiker (von links): Dieter Hanitzsch, Urheber der Sammlung prominenter Ober, Unter und Könige, Joachim Herrmann, Margarete Bause, Franz Maget und LBS-Chef Franz Wirnhier, der Initiator des Spiels. **□**

Regionalkonferenz der bayerischen Grünen:

Suche auf dem Weg nach morgen

Im Rahmen einer zweitägigen Regionalkonferenz in München - der ersten von insgesamt 16 Tagungen - haben sich die bayerischen Grünen auf die Suche nach ihrer Identität begeben. Rund 100 Teilnehmer diskutierten über die Themen Bildung und Integration. Das Motto der Tagung: „Wie geht's nach morgen?“

Die Bundesvorsitzende der Grünen, Claudia Roth, übte eingangs deutliche Kritik an dem von den Innenministern der Länder beschlossenen Einbürgerungs-Kompromiss. Dieser verunsichere die Menschen und vergifte die Stimmung unnötig. Roth betonte, sie habe sich von der Innenminister-Konferenz deutlich mehr erwartet.

Integrative Bleiberechtsregelung

Deutschland habe wochenlang „populistische und teilweise verletzende Debatten“ der Innenminister erlebt. Was dabei herausgekommen ist, sei „herz-

lich wenig“. Die Forderungen der Grünen zur Einbürgerung, die sie zusammen mit Kirchen, Gewerkschaften und Flüchtlingsorganisationen aufgestellt hatten, seien nicht einmal andiskutiert worden. Die Bundesvorsitzende der Grünen forderte erneut eine integrative Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Ausländer.

Was geht privat - wann braucht's den Staat?

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Familien gehören nach Ansicht der Grünen im Freistaat zu den Verlierern im bayerischen Bildungssystem. Vor diesem Hintergrund suchten sie Antworten auf die Fragen: „Ist jeder für seinen Bildungserfolg verantwortlich?“, „Was geht privat - wann braucht's den Staat?“ sowie „Welche Werte vermittelt die Schule als staatliche Einrichtung?“ Der Landesverband der bayerischen Grünen habe diesen Schwerpunkt gewählt, weil auch in Bayern immer noch die soziale Herkunft eines Kindes und nicht dessen Talent für schulischen Erfolg ausschlaggebend sei, sagte die bayerische Grünen-Landesvorsitzende, Theresa Schopper.

Ganztagschulen

Ein Ergebnis der Diskussionen war die Forderung nach einem besseren Angebot an Ganztagschulen. Schopper forderte eine spätere Aufteilung der Schüler auf weiterführende Schulen. Während einer längeren Grundschulzeit sollten sowohl lernstarke als auch schwächere Schüler gemeinsam gefördert werden. Die Schulen sollten zudem mehr finanzielle Unabhängigkeit vom Kultusministerium bekommen und auch die Lehrer selbst aussuchen können, sagte Schopper.

Die Landtags-Grünen forderten zudem niedrigere Hürden für Volksbegehren im Freistaat. Die Eintragungsfrist müsse von bisher 14 auf 30 Tage verlängert werden. Zudem sollen freie Unterschriftensammlungen außerhalb von Behörden möglich

sein. Bislang müssen sich in Bayern zehn Prozent der Wahlberechtigten innerhalb von zwei Wochen auf Ämtern eintragen lassen, damit über ein Volksbegehren abgestimmt werden darf. Die Grünen wollen außerdem Bürgerentscheide und -begehren auf kommunaler Ebene erleichtern. Dazu sollen die Quoren abgeschafft werden.

Zukunftskongress

Auf den Regionalkonferenzen in den Bundesländern wollen die Grünen gesellschaftspolitische Themen mit der Parteibasis diskutieren. Die Ergebnisse sollten dann in den Zukunftskongress der Grünen Anfang September in Berlin einfließen, sagte Grünen-Chefin Roth, die beklagte, dass die große Koalition „wie eine Käseglocke über dem Land“ liege. Zentrales Anliegen sei, „dass wir wieder eine Politisierung der gesellschaftlichen Debatte hinkriegen“. **DK**

Umweltinformationsgesetz:

Bürger schneller und besser informieren

EU-Richtlinie umgesetzt

Der Ministerrat hat das neue bayerische Umweltinformationsgesetz auf den Weg gebracht. Das Gesetz regelt die Veröffentlichung umweltrelevanter Informationen durch Behörden und den Zugang von Bürgern zu Umweltinformationen. Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf: „Unsere Bürgerinnen und Bürger bekommen mit dem neuen Gesetz noch schneller und noch umfassender Zugang zu Umweltinformationen.“ Der Minister verwies darauf, dass die Informationspflicht künftig alle Stellen in der öffentlichen Verwaltung betrifft und dass die Informationen künftig auch elektronisch zum Beispiel über das Internet abrufbar sein sollen. Zugleich betonte Schnappauf, dass mit dem neuen Umweltinformationsgesetz keine zusätzliche Bürokratie in Bayern entsteht. Der Minister: „Wir setzen die entsprechende EU-Richtlinie Eins zu Eins um und satten keine Bürokratie oben drauf. Wir wollen zuverlässige Umweltinformation für den Bürger und keine Bürokratiemonster.“ **□**

Wir gratulieren

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bürgermeister Max Müller
87775 Salgen
am 28.5.

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Deimer
84028 Landshut
am 29.5.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Peter Wesselowsky
97199 Ochsenfurt
am 25.5.

Bürgermeister
Matthias Anetzberger
94164 Sonnen
am 27.5.

Bürgermeister Erwin Haider
86480 Waltenhausen
am 29.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Richard Stubenvoll
84567 Perach
am 4.6.

Bürgermeister Josef Köstler
92363 Breitenbrunn
am 6.6.

Bürgermeister Johann Eibauer
92539 Schönsee
am 23.5.

Bürgermeister
Heinz Koch
97246 Eibelstadt
am 26.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Böhm
97633 Saal a. d. Saale
am 4.6.

Bürgermeister Hermann Hackl
94571 Schaufling
am 24.5.

Bürgermeister
Andreas Husterer
95128 Nassenfels
am 26.5.

Bürgermeister
Hermann Öchsner
97285 Tauberrettersheim
am 26.5.

Bürgermeister
Gerald Schade
95195 Röslau
am 29.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Ludwig Lankl
94160 Ringelai
am 4.6.

Bürgermeister
Walter Bermann
94089 Neureichenau
am 30.5.



Diskutierten über Bildung in Europa: Von links Dr. Katarina Popovic, Janos Toth, Dr. Ewa Przybylska mit Staatssekretär Karl Freller (3. von rechts), Susanne Franke, BR (Mitte).

Exportschlager Volkshochschulen:

West-osteuropäische Bildungsdiskussion zur 60. Landestagung des bvv

„Unsere Volkshochschulen sind Spitze“, meinte Kultusstaatssekretär Karl Freller zum Auftakt der 60. Landestagung der bayerischen Volkshochschulen am 12. Mai in Passau - und erhielt dafür nicht nur die Zustimmung der rund 200 bayerischen Delegierten, sondern vor allem auch der Gäste aus Osteuropa. „Die deutschen Volkshochschulen genießen bei uns einen sehr guten Ruf“, bestätigte Dr. Katarina Popovic, Landeskoordinatorin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (IIZ/ DVV) in Belgrad.

Serbien bräuchte zur Förderung von Demokratie und Wirtschaft dringend Einrichtungen, die ebenso das ganze ABC des Lebenslangen Lernens von der Allgemeinbildung über die Berufliche Bildung bis zur sozialin-

terdisziplinäre Perspektive ergänzte János Sz. Tóth, Präsident des Europäischen Erwachsenenbildungerverbandes EAEA: „Im innereuropäischen Vergleich schneiden vor allem die angelsächsischen und skandinavischen Länder gut

ab, die nicht nur die berufliche Verwertbarkeit von Bildung als Maßstab nehmen, sondern umfassend die Allgemein- und Persönlichkeitsbildung fördern.“

EU gibt 14 Milliarden Euro

„Dem Europäischen Parlament ist die Erwachsenenbildung bereits ihr Geld wert“, betonte der Europaparlamentarier Manfred Weber. Die Mittel für Lebenslanges Lernen seien im Haushalt für die nächste Förderperiode ab 2007 auf Intervention des Parlamentes um 800 Millionen auf jetzt 14 Milliarden Euro aufgestockt worden. Im laufenden Förderzeitraum flossen über den Europäischen Sozialfonds EU-Mittel in zweistelliger Millionenhöhe an die bayerischen Volkshochschulen. Drei der Projekte, die damit unterhalten werden, erhielten bereits bundesweite Auszeichnungen.

Bitte um mehr Mittel

Bei der Verteilung öffentlicher Mittel verträge das bayerische Bewusstsein um die Bedeutung der Erwachsenenbildung aber durchaus noch Stärkung, waren sich Präsident Jo-

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

tegrativen Bildung in Community-Projekten breit anbieten wie die Volkshochschulen in Bayern.

Verlässliche Strukturen

Auch Polen bräuchte vergleichbar verlässliche Strukturen wie sie in Bayern das Erwachsenenbildungsförderungsgesetz sichere, pflichtete die Leiterin des Warschauer IIZ/ DVV-Projektbüros Prof. Dr. Ewa Przybylska ihrer Kollegin bei. Bislang werde der Stellenwert der Bildung in Polen gerade fahrlässig unterschätzt: „Die Weiterbildungsbeteiligung liegt bei gerade mal 8 Prozent - das ist eine Katastrophe für den Standort Polen.“

Austauschprojekte und Fachtagungen trügen dazu bei, die Einrichtung Volkshochschule als solche sowie das klassische Humboldtsche Bildungsideal in ganz Europa zu verbreiten. „Die bayerischen Volkshochschulen und das IIZ/DVV gehören zu den wenigen Organisationen, die den Aufbau der Erwachsenenbildung in Osteuropa und dort sogar in Nicht-EU-Ländern fördern“, sagte Dr. Katarina Popovic mit einem Dank an ihre Partner.

Persönlichkeitsbildung

Chancengleichheit, Demokratie und Wirtschaftsentwicklung - das ist nur mit Erwachsenenbildung zu erreichen bzw. zu sichern, waren sich die west- und osteuropäischen Teilnehmer der Podiumsdiskussion in Passau einig. Aus gesamt-europäischer

Die Staats- und Stadtarchive sind das Gedächtnis Bayerns

Offene Türen am „Tag der Archive 2006“ - Kataster- und Brandversicherungsakten Fundgruben für Ortschroniken - Urkunden schon aus dem ersten Jahrtausend

Zum „Tag der Archive“, seit 2001 nun zum dritten Mal deutschlandweit veranstaltet, hatten über 400 Sammlungen ihre Türen geöffnet. Die Archivleute in Stadt und Land sahen sich wieder Tausenden von Wissbegierigen gegenüber. Alle Altersgruppen wollten schwarz auf weiß Informationen über politische Geschehnisse, Persönlichkeiten, Ortshistorien und anderes bekommen. Firmen- und Parteiarchive, Staats- und Stadtarchive hatten und haben viel zu bieten. Erdrückende Berge von Dokumenten aller Art sind überall im Freistaat gehortet, türmen sich von Jahr zu Jahr höher auf.

Das „Zentralarchiv des Freistaates Bayern“, dem im Laufe der Zeit die Bestände des alten Herzogtums, des Kurfürstentums und Königreiches zugeführt worden sind, verwahrt inzwischen 3,5 Millionen Dokumente zur bayerischen Geschichte seit 794 in Regalen von 46 Kilometer Länge.

Viele Regalkilometer

Sammelstellen für das Archivgut der Unter- und Mittelbehörden sind in den nachgeordneten Staatsarchiven der Regierungsbezirke. Allein München beherbergt 47 öffentliche und private Archive; dazu gehören das Theatrumuseum und das Haus der Kunst. Im Magazin der Wirtschaft werden Dokumente der Genossenschaften, von Firmen und Banken wie BMW und Hypo/BV,

im Deutschen Museum Nachlässe wie von Werner Heisenberg und Max-Planck gesammelt.

Urkunden aus dem Mittelalter

Ab der „Wiedervereinigung von Ober- und Niederbayern anno 1506“ sind die schriftlichen Zeugnisse im Staatsarchiv München vereint, das seinerseits bis heute mit seinen Beständen 38 Regalkilometer füllt. Die einstigen Reichsstädte stehen im komunalen Bereich nicht allein mit bedeutenden Archiven. Groß ist hier die Zahl der mittelalterlichen Urkunden.

Grundherren

Wenn Direktoren der Staatsarchive wie Dr. Rainer Braun nach den Ursprüngen eines bayeri-

sef Deimer und der Vorsitzende des Bayerischen Volkshochschulverbandes, K. Heinz Eisfeld, einig. Der bayerische Kultusstaatssekretär Karl Freller sagte zu, sich in den nächsten Verhandlungen mit Finanzminister Prof. Faltlhauser für die Volkshochschulen einzusetzen.

schon Ortes gefragt werden, dann lässt er zunächst erkunden, wer einst die Grundherren gewesen sind, geistliche Herrschaften, Herzoge oder Kurfürsten. Erst dann beginnt die eigentliche Fährtenspur. Braun, Chef des Münchner Hauses, hat einen meist gut besetzten Lesesaal, wo Studenten, Politiker und andere Leute willkommen sind. Die Mitarbeiter hängen wie die Archivleute andernorts viel am Telefon. Das Staatsarchiv München erhält täglich bis zu 60 Anfragen nicht nur aus Bayern.

Kataster- und Flurblätter

Das Landesvermessungsamt hatte 2005 seine „Kataster-Uraufnahmen“ an das „Bayerische Hauptstaatsarchiv“ abgegeben. Damit hat Amtleiter Prof. Dr. Joachim Wild genau 23.386 handgezeichnete Blätter des 19. Jahrhunderts zur Hand, eine minutiöse Bestandsaufnahme des Grundbesitzes in Bayern und in der ehemaligen bayerischen Pfalz. Sie ergänzen die 50.000 Blätter des Bayerischen Flurkartenarchivs. Beides eine Fundgrube der Ortsbildforschung. Die Brandversicherungsakten, eben-

falls bei der Generaldirektion der staatlichen Archive vorhanden, sind weitere Bausteine dieser Forschungsgruppe.

Luftbildarchiv seit 1892

Braun, der ebenso wie Wild an der Münchner Schönfeldstrasse residiert, bewahrt seinen besonderen Schatz, das Luftbildarchiv. Es geht zurück aufs Jahr 1892. Von Fesselballons aus entstanden seinerzeit erstmals Luftbilder. Wenig später übernahmen das die ersten militärischen Fliegertrupps. In die Zehntausende gehen nun bereits diese Bilddokumente. Kürzlich verglichen Kommunalpolitiker Luftbilder von vor dem 1. Weltkrieg mit denen von heute. Manachmal war von der seitherigen Bebauung kaum mehr übrig als die Kirche und ein altes Wirtshaus.

Seit wann ist Hof bayerisch?

Längst weiß man natürlich überall, das Internet zu nutzen. „Seit wann gehört Hof zu Bayern? Warum ist Hof heute überwiegend protestantisch? Wieso gibt es in Hof eine Bismarck-Strasse?“ Das dortige Stadtarchiv gab am 6. Mai mit Kurzvorträgen Auskunft.

Die Regierenden waren nie zimperlich

Die Regierenden in München waren nie zimperlich wenn es darum ging, wertvolle historische Archivalien an Land zu ziehen. Die Regensburger lassen Online wissen: „Mit der Verstaatlichung des reichsstädtischen Archivguts nach dem Übergang Regensburgs an das Königreich Bayern 1810 begann der Verfall des städtischen Archivwesens. Nach dem Tode Zirngibls 1816 und Gemeiners 1823 dekretierte das Reichsarchiv München die Verbringung

gionalen Strukturen und Aktionsfelder, sei es Wirtschaft, Tourismus, Kultur, Landwirtschaft o.ä. zu unterschiedlich. Besonders hervorzuheben sind dabei auch die Probleme der ländlichen Grenzregionen. Hier stehen wir in vielen Bereichen in ständiger Konkurrenz mit den benachbarten Ländern. Neben dem Bund und dem Freistaat ist hier, was die Förderung angeht, auch die EU in besonderer Weise mit einer europäischen Raumentwicklung gefordert, die einen gezielten und wirkungsvollen Mitteleinsatz für eine dynamische und zukunftsbeständige Entwicklung gewährleistet.

Typischerweise sollte daher hinsichtlich der Umsetzung auf Landkreisebene angesetzt werden. Wer könnte Kraft seiner Kenntnisse einen kompetenteren Regionalmanager abgeben, als der jeweilige Landrat vor Ort? Die vorhandenen personellen und organisatorischen Strukturen erlauben es nach meiner Auffassung nämlich, oft mit geringen Kosten und mit Unterstützung des Wirtschaftsministeriums eigenes Personal in den neuen Managementprozess einzubringen. Mit Hilfe dieses synergetischen Effekts könnte unmittelbar auf den bisherigen klassischen Aktivitäten von Wirtschaftsförderung und Standortmarketing aufgebaut werden. Damit wäre ein rascher Einstieg in das Regionalmanagement gewährleistet. Unabhängig davon könnte mittels einer Vernetzung auf breiter Ebene und Bündelung von entsprechender Kompetenz und strategischer Planung im Bereich von EU-Förderprogrammen das Ganze optimiert werden.

Wir Landräte sind also bereit nach besten Kräften an der Modernisierungsstrategie des Freistaates mitzuwirken.

Hanns Dorfner

GZ Kolumne Hanns Dorfner



Liebe Leser

Die Herstellung und Sicherung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen auf der Grundlage einer nachhaltigen Raumentwicklung hat sich die bayerische Landespolitik von jeher auf ihre Fahnen geschrieben. Ein Teil dieser Aufgabenstellung wird in der Regionalpolitik umgesetzt, wo neben vielen weiteren landesplanerischen Instrumenten in der jüngsten Zeit immer mehr das Regionalma-

Der Landrat ist der beste Regionalmanager

gement, ausgehend von der Clusterpolitik in den Vordergrund der politischen Diskussion gerückt ist. Zu Recht, wie ich meine, denn die fortschreitende Globalisierung, der demografische Wandel, der anhaltende technologisch-ökonomische Strukturwandel und die wachsende Bedeutung der europäischen Ebene verändern auch die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Akteure der Regionalpolitik. Die Erwartungen in diese sind groß, die finanziellen und personellen Ressourcen hingegen werden vielerorts knapper. Umso mehr sind Einfallspunkt und Zusammenarbeit gefragt. Das Regionalmanagement ist gerade auf einem solchen Ansatz aufgebaut, denn es stellt eine übergreifende Form der Kooperation und damit eine umfassende Querschnittsaufgabe dar. Dies bedeutet, alle relevanten Gruppen und Kräfte in die Gestaltung und zukünftige Entwicklung einzubinden, die Akteure miteinander zu vernetzen und so deren Kräfte und Innovationspotential zu bündeln. Der Erfolg für ein effizientes Regionalmanagement hängt aber letztlich auch nicht unwesentlich von geeigneten Umsetzungsstrukturen vor Ort ab, wozu es derzeit und wohl auch in Zukunft kein Idealmodell gibt. Dazu sind die re-

großer Mengen reichsstädtischen Archivguts nach München. 1824 gelangten u.a. rund 14.000 Urkunden, 850 Amtsbücher und 7.000 Testamente in das Reichsarchiv. Dies behindert auch heute noch erheblich die Stadtforschung“.

Auch Postkarten begehrt

Als „Gedächtnis der Stadt“ nennen die Augsburgers, was bei ihnen auf 12.000 laufenden Metern in Regalen bis ins 11. Jahrhundert zurückreicht. Nach der „Säkularisation und Mediatisierung 1802/03“ erlebte Kempten ebenfalls einen kräftigen Aderlass. Sein rechtsstädtisches Archiv wanderte nach München, auch nach Neuburg a. d. Donau, wo es inzwischen in den Regalen des Staatsarchivs ruht.

Das Stadtarchiv Fürth ist stets offen für „Schrift-, Bild- und Tongut“ aus dem Rathaus, nimmt gerne neuzeitliche Dokumente wie Landkarten, Plakate, graphische Ortsansichten, sogar Ansichtskarten entgegen.

Suche nach Unterkünften

Die staatlichen Archivchefs sind immer wieder auf der Suche nach Unterkünften für ihre nachwachsenden Bestände. Nachdem der Denkmalschutz die Hand auf die alte Münchner Schwere Reiter Kaserne - im Jugendstil errichtet - gelegt hatte, konnte Braun Raumprobleme lösen. Das südbayerische Notariatsarchiv hat er in Räumen der Willibaldsburg in Eichstätt einquartiert. Die alljährlich zu vereinnehmenden Dokumentenberge belaufen sich beim Stadtarchiv München „auf hunderte von Metern“. Opfer des Bombenkrieges wurde ein großer Teil der Akten aus der Zeit 1860/1944 beim Erzbischof München und Freising. Dessen älteste Urkunde datiert von 824. **mhb**

Starke Landkreise für ...

(Fortsetzung von Seite 1)
überörtlichen Handeln, denn: „Die großen Herausforderungen im ländlichen Raum können wir nur noch mit gemeindeübergreifenden Handlungsansätzen und kommunalen Allianzen bewältigen.“ Immer mehr Gemeinden seien bereit, ihre Einzelinteressen im Sinne einer Gesamtschau zusammenzuführen, ohne dabei ihre jeweilige Eigenständigkeit und Identität anzutasten.

Bedenken der Wohlfahrtsverbände

Die geplante Änderung des bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen stößt auf massive Bedenken der Wohlfahrtsverbände, aber auch des Bayerischen Landkreistags. Schule bzw. Staat haben die verfassungsmäßige Pflicht, im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht eine angemessene Bildung und Ausbildung sicher zu stellen; ein „Hinwegdefinieren“ der schwierigen Schüler auf Kosten der Kommunen in Richtung Jugendhilfe dürfe nicht sein, erklärte Kelheims Landrat Dr. Hubert Faltermeier, Vorsitzender des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Kulturfragen des Bayerischen Landkreistags. Alle pädagogischen und sozialpädagogischen Möglichkeiten wie Schulsozialarbeit oder der Einsatz mobiler sonderpädagogischer Dienste seien auszuschöpfen, bevor schwierige Schüler vom Unterricht ausgeschlossen werden. Für Faltermeier ist der Gesetzentwurf auch aus jugendpolitischer Sicht verfehlt: „Verhaltensauffällige Schüler müssen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben. Ein Heraus-

Top-Arbeitsplatz ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Zeitraum von 1999 bis 2004 den stärksten Rückgang bei den Beschäftigten Kompetenzen und Zukunftsfähigkeit hinnehmen. Angeführt wird die Liste der wachstumsschwachen Standorte vom Kreis Coburg (minus 15,22% / minus 4.730) und vom Kreis Freyung-Grafenau (minus 11,05% / minus 2.410). In diesen Kreisen ist der Beschäftigungsrückgang vor allem auf das Baugewerbe und die Herstellung von Möbeln und Schmuck (Kreis Coburg) zurück zu führen. Auch die zukünftige Entwicklung (2004 bis 2009) wird in vielen Regionen vom Strukturwandel und dem damit verbundenen Verlust an Arbeitsplätzen im Verarbeitenden Gewerbe geprägt sein. Die schwächsten Strukturen weisen hierbei der Kreis Coburg mit minus 2,97% bzw. minus 790 Beschäftigten und der Kreis Hof (minus 2,95% / minus 930) auf.

Wettbewerbsfähigkeit erkennen

„Wer sich mit den Detaildaten seines Standortes und den Ergebnissen der Studie beschäftigt, kann seine Wettbewerbsfähigkeit erkennen, Maßnahmen zur Verbesserung ableiten und eine Zukunftsstrategie entwickeln. Es wird deutlich, wo Ansatzpunkte für Gründerhilfen und Ansiedlungspotentiale zu finden sind und wie konkrete Schritte zur Bestandsentwicklung eingeleitet werden können“, so Vieregges Bewertung zur Praxisnähe der Studie. Außerdem wird deutlich: Kompetenzstandorte haben es in einigen Fällen leichter, ihre Kompetenzen weiter auszubauen. „Wo was ist, kommt noch mehr hin.“ **DK**

reißen der Schüler kann die Probleme noch verstärken.“

„Kein Grund zur Beunruhigung“ meinte Kultusminister Siegfried Schneider. Der Abschluss vom Unterricht geschehe nur in seltenen Ausnahmefällen, weshalb eine Kostenexplosion nicht zu erwarten sei. Den zügigen Ausbau der Schulsozialarbeit hält er für wünschenswert. Auch beim Kostenersatz für die Mittagsbetreuung im achtstufigen Gymnasium zeigte sich Schneider dialogbereit. Für den 29. Mai hat er die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände zu entsprechenden Verhandlungen eingeladen.

Stärkung der Hauptschule

Auch wenn die R 6 ein Erfolgsmodell ist, „so war die Hauptschule in Bayern nie ‚Restschule‘ und wird es auch nie sein“, bekräftigte Schneider. Im Augenblick wird ein Gesamtkonzept zur Stärkung der Hauptschule erstellt; mit ersten Ergebnissen bzw. Reformen sei wohl im Herbst zu rechnen. Der Minister wies darauf hin, dass die Hauptschule in Bayern ohnehin nicht bei Null anfangen. Bereits in den vergangenen Jahren sei sie in Form von M-Zügen und P-Klassen zur Angebotsschule weiter entwickelt worden. Durch Zusammenlegung der Teilhauptschulen auch bei abnehmenden Schülerzahlen habe man dafür gesorgt, „insbesondere auf dem Land ein gutes und sogar verbessertes Hauptangebot aufrechtzuerhalten“.

Regionale Diskrepanzen

Von „erheblichen regionalen Diskrepanzen mit steigender Tendenz“ wusste Ministerialrat Dr. Friedemann Tetsch vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie in seinem Vortrag zur Regionalpolitik zu berichten. Nach wie vor sei ein starkes Ost-West-Gefälle spürbar, ebenso ein deutliches Nord-Süd-Gefälle. Allerdings sei eine zunehmende Differenzierung innerhalb Ostdeutschlands feststellbar sowie eine „Durchmischung“ der Regionen im Ost-West-Vergleich. Es bestehe die Gefahr, dass die demografische Entwicklung sich selbst verstärkende regionale Prozesse auslöst und regionale Disparitäten verschärft, mutmaßte Tetsch. Er habe die Sorge, dass in Zukunft viele Regionen im ländlichen Raum zu den Verlierern zählen könnten. Politisch gebe es zwei Optionen: Die Förderung von Metropolregionen, sprich Stärkung der Starken oder die Förderung strukturschwacher Regionen, sprich Hilfe für die Schwachen.

Förderung von Wachstum und Innovation

Als neue Leitbilder der Raumentwicklung formulierte Tetsch die Förderung von Wachstum und Innovation (Metropolregionen, Förderung von Wachstumszentren außerhalb der Metropolregionen, Förderung der endogenen Regionalentwicklung), die Sicherung der Daseinsvorsorge (zentrales Orte-System straffen, Versorgungsstandards definieren, Metropolregionen als neue oberste zentralörtliche Ebene mit überregionalen Angeboten) sowie eine umweltgerechte Raumentwicklung (Steuerung der Siedlungsentwicklung, Management der Raumnutzung, Lösungen im Spannungsfeld zunehmender Nutzungskonflikte). Da starke Regionen bereits deutlich von staatlichen Aktivitäten profitieren, benötigten sie nicht auch noch gezielte Hilfen im Rahmen der Regionalförderung, betonte

Tetsch. Spezielle Instrumente der Regionalförderung sollten ausschließlich in Regionen mit gravierenden wirtschaftlichen Problemen gezielt eingesetzt werden. Den besten Rahmen hierfür biete die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, deren Ausstattung mit finanziellen Mitteln jedoch seit Mitte der 90er Jahre stark rückläufig sei.

Fairer Wettbewerb

Die Erwartungen an die Regionalpolitik sind groß, da die finanziellen und personellen Ressourcen vor Ort knapper werden, bekräftigte Passaus Landrat Hanns Dorfner. Besonders besorgt zeigte er sich hinsichtlich der Probleme der ländlichen Grenzregionen: „Die grenznahen Gebiete Bayerns stehen in ständiger Konkurrenz mit den benachbarten Ländern. Ich fordere einen fairen Wettbewerb und gleiche Ausgangschancen.“ An Dr. Tetsch richtete Dorfner den Wunsch, die knappen Bundes- und Landesmittel vernünftig einzusetzen. Darüber hinaus forderte er eine stärkere Berücksichtigung der Grenzgebiete im Rahmen der EU-Förderung.

Beteiligung an der Cluster-Offensive

„Die bayerischen Landkreise fordern eine Beteiligung an der Cluster-Offensive der Bayerischen Staatsregierung“, betonte Landrat Simon Wittmann, Neustadt a. d. Waldnaab, Vorsitzender des Bezirksverbands Oberpfalz, in Anwesenheit von Wirtschaftsminister Erwin Huber. Die Clusterpolitik könne nur dann auf ganz Bayern ausstrahlen, wenn auch der ländliche Raum eingebunden sei. Wittmann zufolge darf es auch keine Aufwertung der Metropolregionen zu Ungunsten des ländlichen Raumes geben. Entsprechende Lippenbekenntnisse reichten nicht. Vielmehr sei dies auch im Landesentwicklungsprogramm klarzustellen.

Stärkung der Regional- und Grenzlandförderung

Minister Huber wies darauf hin, dass kein Satz im LEP darauf hinweise, „dass die Förderung der Metropolregionen ein signifikanter Tatbestand wäre“. Die Wirtschaftsförderung des Freistaats werde sich an den spezifischen Bedürfnissen orientieren. Eine „Gemeinschaftsaufgabe West“ werde es auch weiterhin geben. Die Förderkulisse werde mit Blick auf die Stärkung der Regional- und Grenzlandförderung ausgeweitet.

Nahversorgung

Neben der Förderung der Nahversorgung („Den Verlust der Kaufkraft nach Tschechien und Österreich werden wir nicht taatenlos hinnehmen!“) gab Huber ein klares Bekenntnis zu sinnvoller Raumordnung und Landesplanung ab. Einzelhandelsgroßprojekte werden sich seiner Einschätzung nach in Zukunft auf Autobahnausfahrten konzentrieren. Auch der Stadt-Umland-Bereich sei betroffen. Gerade dort werde allerdings deutlich begrenzt. Hingegen böten schnelle Datenautobahnen eine große Chance für ländliche Räume.

Mehr Flexibilität

Einzelhandelsgroßprojekte, Föderalismus- und Verwaltungsreform, Doppik und Kommunalisierung des staatlichen Personals standen im Mittelpunkt der Beratungen mit Innenstaatssekretär Georg Schmid. Schmid

Gersthofener Thesen

1. Starke Landkreise brauchen stabile Rahmenbedingungen

Der ländliche Raum muss langfristig als attraktiver Arbeits- und Lebensraum erhalten werden. Die Standards der Grundversorgung sind zu definieren und festzuschreiben.

2. Starke Landkreise brauchen aktive Förderung

Herstellung und Erhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ländlichen Raum bedürfen der Förderung durch die öffentliche Hand. Diese Förderung ist als verbindliches Ziel des Freistaats Bayern in das Landesentwicklungsprogramm aufzunehmen. Erforderlich ist ein ganzheitliches Konzept mit umfassendem Förderspektrum für den ländlichen Raum.

3. Starke Landkreise brauchen integrierte ländliche Entwicklung

Der ländliche Raum ist kein homogenes Gebilde und in dieser Vielfalt zu erhalten. Die spezifischen Potentiale der Regionen sind weiterzuentwickeln.

4. Starke Landkreise brauchen Regionalmanagement und Wirtschaftsförderung

Ein Entwicklungsinstrument ist das Regionalmanagement auf Landkreisebene. Damit soll ein dynamischer Prozess auf freiwilliger Basis eingeleitet werden. Der Staat muss sich dauerhaft und fördernd einbringen.

5. Starke Landkreise brauchen Clusterpolitik und Vernetzung

Insbesondere ist eine gleichrangige Beteiligung des ländlichen Raums an der Clusteroffensive der Bayerischen Staatsregierung notwendig.

6. Starke Landkreise nutzen Ausstrahlungseffekte der Metropolregionen

forderte mehr Flexibilität beim Thema Einzelhandel. Gefragt sei eine harmonische Entwicklung im Land. In punkto Föderalismusreform nannte Schmid als wichtigsten Punkt, dass es von Seiten des Bundes nun nicht mehr möglich sei, den Kommunen unmittelbar Aufgaben zuzuweisen und Kosten zu verlagern. Es gelte, Mischfinanzierungen und Mischkompetenzen zu beiseitigen.

Vorschriftenfreie Zone

Die Behördenreform von 2004 ist aus Landkreissicht kein großer Wurf. Schmid zufolge sind politische Zusagen, wonach die Einheit der Verwaltung auf der Kreisverwaltungsebene gestärkt werden sollte, um zu zügigeren Entscheidungen aus einer

Hand für Bürger und Wirtschaft zu kommen, eingehalten worden. In punkto Entbürokratisierung plädierte Schmid für eine zeitlich begrenzte, vorschriftenfreie Zone. Es sei ein guter Ansatz, die Informationspflicht außer Kraft zu setzen.

Neues wagen!

„Neues wagen!“ laute die Devise, wobei ein Schnellschuss nicht in Frage komme. Ohnehin werde hier nichts ohne die Zustimmung der kommunalen Spitzenverbände passieren, versprach Schmid. „Auf einem insgesamt guten Weg“ sieht der Innenstaatssekretär die Bezirksreform. Nicht jedes Jahr solle aufs neue mit der Diskussion über die Zukunft der Bezirke begonnen werden. Dies sei definitiv der falsche Weg.

Mehr Transparenz bei GmbHs

Stadt Passau verliert VGH-Musterprozess zu Kommuntälöchtern

Nach einem Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes (VGH) in einem Musterprozess muss die Stadt Passau einen Bürgerentscheid für mehr Transparenz bei ihren städtischen Gesellschaften durchführen. Die Initiatoren eines Bürgerbegehrens wollen so erreichen, dass die Passauer frühzeitig über anstehende Gaspreiserhöhungen oder die Streichung von Buslinien informiert werden. Der VGH in München habe die Berufung der Stadt zurückgewiesen, sagte ein Justizsprecher.

Die Entscheidung des Regensburger Verwaltungsgerichts in erster Instanz wurde damit bestätigt. Eine Urteilsbegründung der VGH-Entscheidung liegt aber noch nicht vor. Der Fall gilt als Musterverfahren und könnte für viele andere Städte, die privatwirtschaftlich organisierte Tochterunternehmen haben, von großer Bedeutung sein.

Geheimhaltung wird aufgehoben

In dem von der ÖDP mit initiierten Bürgerbegehren „Mehr Bürgerbeteiligung statt geheimer Rathauspolitik“ geht es darum, dass die bisherige Geheimhaltung in den Aufsichtsräten der städtischen GmbHs in Passau weitgehend aufgehoben wird. So soll eine freie Berichterstattung der Medien über die fünf Kommunalgesellschaften erreicht werden. Nur noch Angelegenheiten, die zum Wohl des Unternehmens nicht an die Öffentlichkeit gelangen dürfen, sollen hinter verschlossenen Türen besprochen werden.

Obwohl die Initiative ausrei-

Die Metropolregionen sind angesichts der internationalen Funktion durchaus als Marketinginstrument - nicht aber als Verwaltungsregionen - geeignet, da sie ganz Bayern Impulse geben können. Metropolregionen dürfen aber nicht ins Unermessliche wachsen, da im Schatten großer Bäume nichts mehr gedeiht.

7. Starke Landkreise bauen die weichen Standortfaktoren aus

Wichtig ist ein positives Image für den ländlichen Raum. Dazu gehört auch der Ausbau der weichen Standortfaktoren, wie z.B. Erhalt der Kulturlandschaft und der Naturschönheiten.

8. Starke Landkreise brauchen Konzepte für den Handel und die Versorgung

Der ländliche Raum hat Anspruch auf angemessene Versorgung mit Handel, Dienstleistungen und sonstigen Geschäften des täglichen Lebens. Die Verbotswirkung des Einzelhandelsziels im LEP muss daher fallen.

9. Starke Landkreise brauchen funktionierenden ÖPNV und leistungsfähige Verkehrsanbindung

Der ÖPNV muss für die Benutzer attraktiver gemacht werden. Erforderlich sind maßgeschneiderte Lösungen und eine flächendeckende Versorgung.

10. Starke Landkreise brauchen Landwirtschaft mit erweiterten Aufgabenfeldern

Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft sowie die Direktvermarktung und Weiterverarbeitung erhöhen die Wertschöpfung im ländlichen Raum. Neue Aufgabenfelder wie beispielsweise Umwelttechnik, regenerative Energien, aber auch Fremdenverkehr sind zu erschließen. **DK**

Einführung der Doppik

Hinsichtlich der Umstellung des kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens von der bislang zahlungsorientierten Darstellungsform der Kameralistik auf eine ressourcenorientierte Darstellung, wie z.B. der Doppik wünscht sich Präsident Zellner mehr staatliche Unterstützung. Während zahlreiche Bundesländer die Doppik eingeführt haben, lasse Bayern die Beibehaltung des kameralen Systems als Alternative weiterhin zu. „Zellner forderte eine Modernisierung des Rechnungswesens und eine einheitliche Umsetzung auf Landkreisebene. Schmidts Antwort: „Wichtig ist es vor allem, nicht nur kaufmännisch zu buchen, sondern auch kaufmännisch zu denken!“ **DK**

ren Kommunen Bürgerbegehren auf den Weg bringen.

Transparenzpassus

In zahlreichen bayerischen Städten müssten die Gesellschafterverträge der GmbHs um einen Transparenzpassus ergänzt werden. Mit dem VGH-Urteil werde der Geheimhaltungspolitik ein Riegel vorgeschoben, erklärte der stellvertretende ÖDP-Landesvorsitzende Bernd Scheibner. Rechtsanwalt Andreas Herrmann, der das Passauer Bürgerbegehren vertreten hatte, betonte, den Bürgern werde mit dem Urteil ein Stück Demokratie zurückgegeben, das ihnen bei der Gründung der GmbHs genommen worden sei.

Sorge vor Missbrauch

CSU-Fraktionsvorsitzender Dr. Chrysant Fischer meinte: „Klar, ich bin nicht erfreut über dieses Urteil. Es erleichtert die tägliche Arbeit in den Aufsichtsräten nicht. Ich sehe auch das Problem, dass mit den Informationen aus den Sitzungen Missbrauch getrieben wird. Aber wir müssen uns der Situation stellen und einen Weg finden, wie wir das Urteil umsetzen. Da gibt es viele Details, das Bürgerbegehren kann höchstens eine Nah-Maßnahme sein.“ **DK**

Argumente gegen Kürzungen der Regionalisierungsmittel

Positionspapier des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV)

Als „verkehrs-, umwelt- und letztlich auch sozialpolitisch kontraproduktiv“ bezeichnet ein Positionspapier des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen Kürzungen der öffentlichen Finanzierung des Nahverkehrs, namentlich der Regionalisierungsmittel. Die Erfolgsgeschichte der Regionalisierung mit ihrem durchschlagenden Erfolg für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV), aber auch den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) insgesamt könne niemand ernsthaft bezweifeln. Trotzdem werde ihre Grundlage - das Bekenntnis des Staates zur Bedeutung des öffentlichen Verkehrssystems - in jüngerer Zeit ständig in Frage gestellt. Eine Reduzierung der Regionalisierungsmittel hätte in vielfacher Hinsicht negative Auswirkungen.

Im Falle von Mittelkürzungen müssten aufgrund des hohen Fixkostenanteils der Nahverkehrsleistungen überproportional Leistungen abgestellt werden. Erste Überschlagsrechnungen kommen zu dem Ergebnis, dass 10 % weniger Regionalisierungsmittel Angebotskürzungen von bis zu 20 % zur Folge haben werden.

Kürzungen träfen besonders die leicht anzupassenden Kosten-

komponenten, etwa beim Servicepersonal in den Zügen und den Ansprechpartnern vor Ort.

Weniger Reserven

Die Kapazitätsplanung der Verkehrsunternehmen erfolgt in der Regel so, dass sie auf unvorhersehbare Ereignisse flexibel reagieren können. Sparte man z. B. Fahrzeuge ein, würde das Sys-

tem Schiene störanfälliger. Darüber hinaus können Kapazitäten für Sonderverkehre und für Zusatzleistungen im Berufsverkehr nicht mehr im gewohnten Umfang zur Verfügung stehen. Verstärkerfahrten für Großveranstaltungen sind zukünftig kaum mehr möglich.

Höhere Fahrpreise

Stärkere Fahrpreisanhebungen sind unausweichlich wenn der Bund seiner Verpflichtung, den Ländern angemessene Mittel zur Bestellung öffentlicher Nahverkehrsangebote zuzuweisen, nicht nachkommt. Zudem hat der überwiegende Teil der Fahrgäste Alternativen: Angebotsverschlechterungen und Preiserhöhungen senken unmittelbar die Attraktivität des ÖPNV. Mit die-

ser hatten die Verkehrsunternehmen in den Jahren nach der Regionalisierung deutliche Nachfragesteigerungen zugunsten der umweltfreundlichen Busse und Bahnen erzielen können.

Höhere Umweltbelastung

Fahrgäste des ÖPNV haben nicht nur individuelle Vorteile durch ihre Verkehrsmittelwahl. Sie leisten vielmehr einen entscheidenden Beitrag zur Entlastung der Umwelt und zur Vermeidung von Unfällen. Bereits ein Prozent weniger Fahrten im ÖPNV bedeuteten etwa 400 Millionen Fahrzeugkilometer im ohnehin hochbelasteten Straßennetz.

Weniger Mobilität, höhere Preise

Arbeitgeber und Arbeitsmarktpolitik profitieren von der guten Erreichbarkeit der Arbeitsstätten mit öffentlichen Verkehrsmitteln: ÖPNV ist ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor. Guter ÖPNV zu attraktiven Preisen wurde in einer Erhebung im Auftrag des VDV höher bewertet als die Nähe zu einem Verkehrsflughafen. Es hat in letzter Konsequenz auch und gerade finanzpolitisch keinen Sinn, das zu beschränken, was eine moderne, arbeitsteilige Gesellschaft braucht: Mobilität.

Besonders gefährdet sind die Verkehre in der Region, die in ihrer Zubringerfunktion auch auf Hauptstrecken durchschlagen. Sie tragen wesentlich zur Netzbildung des öffentlichen Verkehrs bei. Bricht man rein finanzpolitischen Zwängen geschuldete Bestandteile heraus, werden physische Leistungsfähigkeit und Attraktivität des Nahverkehrs insgesamt wesentlich geschwächt. Damit verliert nicht allein der SPNV

Kunden, sondern das gesamte öffentliche Verkehrssystem.

Die Dynamisierung der Regionalisierungsmittel hat die Aufgabe, Preisrisiken langfristig beherrschbar zu machen. Dies gilt besonders für Komponenten mit hohem Kostenrisiko wie z. B. der Infrastruktur. Entfällt die jährliche Dynamisierung, steigt der für Trasse und Station aufzuwendende Anteil von zur Zeit etwa 50 % weiter an. Die Verkehrsunternehmen werden ein höheres Risiko in ihren Kalkulationen berücksichtigen müssen. Die Folge sind steigende Preise.

Weniger Beschäftigte, weniger Markt

Mit sinkenden Produktionszahlen wird auch im SPNV weniger Ressourceneinsatz erforderlich. Das gilt auch und gerade für den Faktor Arbeit. Weniger SPNV-Angebot heißt daher auch: weniger Arbeitsplätze. Schätzungen zufolge werden dem Arbeitsmarkt mindestens 10.000 Stellen verloren gehen.

Die öffentliche Hand ist „Marktveranstalter“ und bestimmt über das Marktvolumen den Wert des Marktes. Stellt man mit der ständigen Diskussion der Finanzausstattung die Geschäftsgrundlage der Bahnen in Frage, steht auch die Attraktivität des Marktes insgesamt zur Disposition. Leistungsorientierte Märkte erfordern leistungsfähige Anbieter - und umgekehrt. Unternehmen mit Optionen in anderen Märkten werden ihr Engagement im SPNV kritisch prüfen. Vor allem aber wird es kaum gelingen, privates Kapital für einen schrumpfenden, „unzuverlässigen“ Markt zu akquirieren.

Da die öffentliche Hand kaum bereit sein dürfte, zur Kompensation mehr Geld in die Infrastruk-

tur zu stecken, wird den Betreibern der Schienenwege nichts anderes übrig bleiben, als für die verbliebenen Züge die Trassen- und Stationspreise zu erhöhen. Weniger Trassenkilometer bei unveränderter Mittelzuweisung für die Infrastruktur und Anspruch auf Vollkostendeckung bedeutet höhere Nutzungsentgelte, was den Kostendruck der Aufgabenträger weiter erhöht. Sie schränken darüber hinaus die Wettbewerbsfähigkeit aller Schienenverkehre (weiter) ein.

Teurere Infrastruktur

Nicht zuletzt regionale Projekte haben den „guten Ruf“ des SPNV in Deutschland entscheidend geprägt. Mit Leistungskürzungen in der Region stehen viele Strecken in Frage, die wesentlich zur Erschließungsqualität und damit zur Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen beitragen. Keine Infrastruktur - kein Verkehrsangebot - keine umweltgerechte Mobilität.

Zeitproblem

Angebotskürzungen werden vielfach auf die Taktfolgen und Taktsysteme durchschlagen. Damit muss das gesamte Fahrplangefüge neu geordnet werden. Trassenanmeldungen sind bis Mitte April mit Wirkung für das folgende Fahrplanjahr vorzunehmen. Unter Berücksichtigung des organisatorisch-konzeptionellen Aufwands bei der Festlegung der Taktanpassungen und Taktverschiebungen ist dies für das Fahrplanjahr 2007 ohnehin ausgeschlossen. Das Ziel der Kürzungsvorschläge, schon vor der gesetzlich vorgesehenen Revision der Regionalisierungsmittel Einsparungen zu erzielen, wird daher als unrealistisch erachtet. □

ÖPNV in der Region Augsburg:

Fahrgäste lehnen Brechung der Regionalbuslinien ab

Rund 90 Prozent der Fahrgäste gegen zusätzlichen Umstieg

Eine umfassende Fahrgastbefragung brachte es an den Tag: Die große Mehrheit der schwäbischen Fahrgäste lehnt ein Umsteigen (Brechung) von den Regionalbuslinien auf die Straßenbahn an den jeweiligen Straßenbahndepotpunkten oder Schienenhaltepunkten kurz vor dem Fahrtziel Augsburg-Hauptbahnhof vehement ab. Dieses Fazit zog Dr. Josef Zeiselmaier, Geschäftsführer der Regionalbus Augsburg GmbH (RBA) vor der Presse in Augsburg. Nach den aktuellen Entwürfen des städtischen und regionalen Nahverkehrsplans müssten die betroffenen Buslinien künftig an Straßenbahnhaltstellen bzw. Bahnhöfen innerhalb des Augsburger Stadtgebietes enden. Alle Fahrgäste wären gezwungen, an diesen „Brechungspunkten“ umzusteigen.

„Dieses zusätzliche und unserer Auffassung nach unnötige Umsteigen wird von mehr als 87 Prozent der befragten Fahrgäste als negativ bzw. sehr negativ bewertet. Die dadurch bedingte Verlängerung der Gesamtreisezeit betrachten 90 Prozent der Fahrgäste auf den befragten Linien als negativ bzw. sehr negativ“, sagte der Geschäftsführer.

Umsteigen auf den PKW

Knapp ein Drittel der Fahrgäste würde dann auf andere Verkehrsmittel, wie z.B. den Privat-Pkw, umsteigen. Schüler und ältere Fahrgäste, die keine andere Alternative haben, müssten den schlechteren Service in Kauf nehmen, so Zeiselmaier.

Der RBA-Geschäftsführer sieht sich durch die Ergebnisse der Umfrage in seiner Einschätzung des Entwurfes zum Brechungskonzept bestätigt: „Die Interessen der Fahrgäste, schnell, direkt und bequem an ihr Ziel zu kommen, werden schlichtweg übergangen. Die in der Fortschreibung des Nahverkehrsplans vorgesehenen Maßnahmen orientieren sich einseitig an den Erfordernissen des schienengebundenen Verkehrs, insbesonde-

re der Straßenbahn.“ Das sei fahrgastfeindlich.

Zeiselmaier fürchtet massive Konsequenzen für den ländlichen Raum und die privaten Busunternehmen. Wenn das Konzept realisiert wird, könnten verschiedene Linien nicht mehr kostendeckend betrieben werden. Sie würden ausgedünnt. Zahlreichen Angestellten drohe dann die Entlassung und verschiedene mittelständische Unternehmen - aus denen zu 85 Prozent der RBA besteht -, stünden vor dem wirtschaftlichen Aus.

Kritisiert wurde auch, dass die Stadtwerke Augsburg bei der Aufstellung der Nahverkehrspläne bevorzugt worden seien. Als einziges Verkehrsunternehmen waren sie in der zuständigen Projektgruppe zugelassen und konnten damit umfassend Einfluss nehmen und den ÖPNV im Stadtgebiet Augsburg unter Ausschluss der bisher vorhandenen mittelständischen Privatunternehmen für das eigene Unternehmen sichern.

Interessen von Augsburg

„Damit wurden auch die Verkehrsinteressen der Stadt Augsburg deutlich überbetont“, kriti-

sierte Zeiselmaier. „Die Bahn hängt Augsburg ab und die Stadt hängt ihr eigenes Umland ab.“ Mit diesem Menetekel brachte der Geschäftsführer die prekäre Tatsache auf den Punkt, dass mit der Einführung der neuen ICE-Trasse über Ingolstadt nach Nürnberg die Schwabenmetropole zahlreiche Zugverbindungen vor allem in die Landeshauptstadt einbüße. Gleichzeitig isoliere sie sich aber in ihrer eigenen Region.

Die Zeche zahlt der Steuerzahler

„Die angeblichen Verkehrsverbesserungen im Stadtverkehr erfordern den Umbau des Hauptbahnhofs, des Verkehrsknotenpunktes Königplatz, die Verlängerung einer sowie den Neubau zweier Straßenbahnlinien. Die zusätzlichen 6.000 Kunden, die der AVV sich erwartet, erhöhen das jährliche Betriebsdefizit der Verkehrsunternehmen - ohne Finanzierungskosten der Infrastruktur - um insgesamt ca. 9,95 Mio. . Damit wird jeder neue Kunde mit 1.658 pro Jahr bezuschusst. Ihn zu gewinnen kostet (bei Infrastrukturkosten von ca. 50 Mio. im SPNV und 200 Mio. im Stadtverkehr) weitere 41.670 /Fahrgast zuzüglich Finanzierungskosten“, rechnete Zeiselmaier vor. Die Finanzierung der Maßnahmen der Stadtwerke Augsburg erfordere staatliche Zuschüsse von mindestens 131 Mio. . Diese Größenordnung und das Missverhältnis von eingesetzten Mitteln zur angestrebten Verkehrsverbesserung erfordere zwingend, alle Möglichkeiten einer wirtschaftlicheren Lösung zu prüfen.

Die Kommunalpolitiker im Umland geben sich hoffnungslos. Einige fühlen sich geradezu erpresst. Das Konzept stamme aus dem Wirtschaftsministerium, das schon zu Zeiten von Verkehrsminister Wiesheu massiven Druck auf alle Beteiligten ausgeübt habe. Man habe alles versucht, um im Interesse der Bürgerinnen und Bürger vernünftige und bezahlbare Kompromisse zu entwickeln. Eine Brechung auf den Regionalbuslinien in größerer Entfernung von der Bezirkshauptstadt ist völlig unstrittig. Das angestrebte Konzept wird die öffentliche Hand letztlich sehr, sehr viel Geld kosten. □



„Die Bahn hängt Augsburg ab und Augsburg hängt sein eigenes Umland ab“, befürchten der Busunternehmer Armin Diebold und RBA-Geschäftsführer Dr. Josef Zeiselmaier. □

TÄGLICH FAHREN WIR 27 MIO. MENSCHEN. JETZT KOMMEN NOCH EIN PAAR NEUE GESICHTER DAZU.

Fußball bewegt die Massen, und Busse und Bahnen sorgen dafür, dass auch alle gut ankommen. Zum ersten Mal ist die Eintrittskarte zum Spiel auch gleichzeitig Fahrkarte. Insgesamt erwartet die FIFA rund 10 Mio. WM-Besucher. Diese sollen bequem und günstig zu den Stadien, Fan-Festen und den zahlreichen anderen WM-Events in den Innenstädten kommen. Aber wer täglich 27 Mio. Menschen bewegt, für den sind 10 Mio. zusätzlich in vier Wochen ein leichtes Spiel.

Damit Deutschland mobil bleibt
Busse & Bahnen

www.mit-bus-und-bahn-zur-wm.de

Bayerischer Nahverkehrskongress in München:

Jubiläum und ÖPNV-Preis

Auszeichnungen für Deggendorf und Walpertkirchen

Unter dem Motto „10 Jahre Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs“ fand in München der Bayerische Nahverkehrskongress statt. Mit der Regionalisierung des SPNV ging 1996 die Verantwortung für die Bestellung der Nahverkehrsleistungen in Bayern auf den Freistaat über. Dazu wurde die Bayerische Eisenbahngesellschaft gegründet, die seitdem den Nahverkehr in Bayern bestellt.

Laut Verkehrsminister Erwin Huber hat die Regionalisierung im Freistaat eine Renaissance des SPNV sowohl in den Ballungsräumen als auch im ländlichen Raum eingeleitet. Die Verkehrsleistungen wurden von rund 82 Mio. km im Fahrplan 1995/96 auf heute jährlich über 103 Mio. Zugkilometer ausgeweitet - eine Steigerung von über 25 Prozent. Damit sei der Freistaat Bayern deutschlandweit der Nahverkehrskunde Nummer 1.

Gleichzeitig seien viele tarifliche Innovationen angestoßen worden, die maßgeblich zur Attraktivität des SPNV beigetragen haben. Bereits zum Fahrplanwechsel 1996 konnte ein Gesamtkonzept für einen bayernweiten Integralen Taktfahrplan umgesetzt werden. Der BAYER-ERN-TAKT, zu dessen großem Erfolg auch die Einführung des Bayern-Tickets beitrug (siehe Kasten), habe sich seitdem fest als Markenartikel etabliert, so der Minister.

Qualität hat Vorrang

Auch beim Thema Qualität unternehme der Freistaat erhebliche Anstrengungen. Dazu zähle der Einsatz schneller Regional-Express-Züge und die Modernisierung des Fahrzeugparks. Aber auch der Einsatz und Ausbau des Fahrgastinformationssystems DEFAS trage zur Attraktivitätssteigerung des SPNV in Bayern bei. Inzwischen stehe bei der Bayerischen Eisenbahngesellschaft ein umfassendes Qualitätsmanagement zur Verfügung, durch das der Freistaat laufend über die neuesten Entwicklungen informiert werde. Gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen werden weitere Qualitätsverbesserungen angestoßen.

Auf gutem Weg

„Der Freistaat Bayern ist in Sachen attraktiver Nahverkehr auf einem sehr guten Weg. Das zeigt nicht zuletzt die Entwicklung der Fahrgastzahlen: Wurden 1997 an einem durchschnittlichen Werktag knapp 1,1 Millionen Fahrgäste befördert, konnte 2005 bereits eine Fahrgastzahl pro Werktag von 1,42 Millionen erreicht werden“, erklärte Huber. Diesen Weg wolle man auch in Zukunft auf gleichem Niveau

weiter verfolgen. Bei den anstehenden Verhandlungen über die zukünftige Höhe der Regionalisierungsmittel müsse dabei sowohl der unvermeidbaren Konsolidierung des Bundeshaushaltes Rechnung getragen werden als auch sichergestellt sein, dass die Länder weiterhin angemessene Mittel für den Schienenpersonennahverkehr und investive Vorhaben erhalten: „Einem Kahlschlag wird Bayern jedenfalls nicht zustimmen“, stellte der Minister klar.

Vorbildliches Konzept

Im Rahmen des Nahverkehrskongresses verlieh Huber auch den ÖPNV-Preis 2006. Die Initiative für den Preis geht von der Bayerischen Eisenbahngesellschaft aus. Mit dem Preis ehrt der Freistaat vorbildliche Leistungen und Lösungen im bayerischen ÖPNV. Ausgezeichnet wurden in diesem Jahr Kommunen, denen es gelungen ist, ein vorbildliches Gesamtkonzept an ihrem Bahnhof zu realisieren sowie ein privater Investor, der wesentlich dazu beigetragen hat, einen Bahnhof zu einem lebendigen Zentrum zu machen. Die Auswahljury für den ÖPNV-Preis setzt sich zusammen aus Vertretern des Bayerischen Verkehrsministeriums, der Industrie- und Handelskammer, Verbänden aus dem Bereich Bus und Bahn, dem Bayerischen Gemeindetag sowie der Bayerischen Eisenbahngesellschaft.

Attraktiver Bahnhof

Ausgezeichnet wurde zunächst die ideal mobil AG, München (Investor Thomas Walter) für das Projekt „Revitalisierung und Privatisierung des Kleinstadtbahnhofs Landsberg am Lech“. Dabei handelt es sich um ein neues integriertes Verkaufs- und Servicekonzept: Thomas Walter von der ideal mobil AG hat sich des Bahnhofgebäudes in Landsberg persönlich angenommen und mit Hilfe der Stadt Landsberg sowie der Agentur BahnStadt ein wirtschaftlich tragfähiges Konzept für einen belebten Bahnhof mit Fahrkartenverkauf, Bistrotreiben, Backwaren-, Zeitschriften- und Lebensmittelverkauf entwickelt. Darüber hinaus wur-

den ein Wartebereich und eine öffentliche Toilette integriert. Die große Bahnhofshalle steht auch für Veranstaltungen zur Verfügung. Entstanden ist ein in jeder Beziehung vorbildlicher Bahnhof.

Bus trifft Bahn

Zudem wurde die Stadt Deggendorf für die Maßnahme „Umfassende Aufwertung des Bahnhofsbereichs mit Ausbau der Schnittstellenanlagen am Bahnhof Deggendorf“ geehrt. Zusammen mit dem Landkreis Deggendorf und der Verkehrsgemeinschaft Landkreis Deggendorf (VLD), ist es der Stadt unter dem Motto „Bus trifft Bahn in Deggendorf“ gelungen, den Bahnhofsbereich durch Erweiterung und Verbesserung der Umsteigemöglichkeiten vom Bus, vom Auto und vom Fahrrad auf den Zug aufzuwerten. Dabei handelt es sich aber nur um einen Baustein in einem umfassenden Gesamtverkehrskonzept.

Architektonische Besonderheit

Realisiert wurde eine Erweiterung und Neugestaltung von PKW- sowie überdachten Fahrradstellplätzen. Der zuvor über einen Kilometer vom Bahnhof entfernte Omnibusbahnhof wurde auf den Bahnhofsvorplatz verlegt und stellt mit seinem auffälligen Farbkonzept für die Wartehäuschen eine architektonische Besonderheit dar. In Ergänzung zu dem neuen Umfeld hat die Deutsche Bahn das

Bahnhofsgebäude umgebaut und mit einem DB ServiceStore versehen. Darüber hinaus wurden die Zugänge zu den Bahnsteigen überdacht. Nach Angaben der Stadt Deggendorf hat sich vom Jahr 2001 bis zum Jahr 2005 bei den Bus-Fahrgästen schon eine Steigerung von 60 Prozent ergeben.

Eigenregie

Die Gemeinde Walpertkirchen wiederum wurde für die Maßnahme „Umfassende Aufwertung der Bahnstation Walpertkirchen mit einfachen Mitteln“ ausgezeichnet. Mit viel ehrenamtlichem Engagement und Unterstützung von Pro Bahn sowie der SüdostBayernBahn (SOB) wurden verschiedene Sanierungsmaßnahmen umgesetzt: So wurde in Eigenregie der Bahnsteig verlängert, damit auch lange und von der Fahrzeit sehr interessante Berufsverkehrszüge der SOB zusätzlich halten können. Darüber hinaus haben viele ehrenamtliche Helfer Plakatvitriolen angebracht, Blumenrabatten angelegt, einen neuen Fußweg zum Bahnsteig gebaut sowie das Wartehäuschen renoviert. Selbst Bürgermeister Heilmeyer half mit, den Sicherheitsstreifen aufzubringen. Die laufende Pflege der Station durch die Gemeinde und deren Bürger sorgen für ein fortwährend attraktives Erscheinungsbild.

Insgesamt waren 30 Bewerbungen von Kommunen und privaten Investoren eingegangen. Die vielen Bewerbungen zeugen Huber zufolge davon, „dass sich eine ganze Reihe von Kommunen tatkräftig um ihren Bahnhof kümmern und sich den Weg durch oft nicht ganz einfache Zuständigkeiten und Grundstückseigentumsverhältnisse gebahnt haben.“ DK

Neues Bahnzeitalter für Bayern

Neue ICE-Trasse München-Ingolstadt-Nürnberg ist eine der größten Schieneninvestitionen der Geschichte

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat zusammen mit Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee und Bahnhelf Dr. Hartmut Mehdorn die neue ICE-Strecke von München über Ingolstadt nach Nürnberg eröffnet. Nach den Worten Stoibers startet Bayern mit der neuen Hochgeschwindigkeitsstrecke in ein neues Bahnzeitalter.

Stoiber: „Die neue ICE-Trasse München-Ingolstadt-Nürnberg ist eines der bedeutendsten Verkehrsprojekte der letzten Jahrzehnte in Deutschland. Es ist ein wichtiger Beitrag zu einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung weit über Bayern hinaus, dass die Fahrzeit auf der Nord-Süd-Achse München-Berlin revolutionär verkürzt

wird. Mit der neuen schnellen Bahnachse rücken der Norden und der Süden Deutschlands viel enger zusammen.“

Das 3,6-Milliarden-Euro Projekt ist eine der größten Schieneninvestitionen in der Geschichte der Deutschen Bahn. Stoiber betonte, dass mit dieser Schiene der Zukunft ein neues Kapitel modernster Verkehrstechnik in Bayern aufgeschlagen wird.

Spitze 300 km/h

Die neue Trasse zwischen Nürnberg und Ingolstadt ist nach der Neubaustrecke Frankfurt-Köln die zweite Bahnstrecke in ganz Deutschland, die mit einer Höchstgeschwindigkeit von 300 Kilometern pro Stunde befahren werden kann. Mit keinem Verkehrsmittel kann der Weg zwischen den Innenstädten Münchens und Nürnbergs schneller zurückgelegt werden als mit dem neuen ICE.

Die Fahrzeit von München nach Nürnberg verkürzt sich um 40 Minuten und beträgt künftig eine Stunde, die Fahrt von Ingolstadt nach München wird nur noch 35 Minuten dauern. Stoiber bezeichnete es auch als wichtige umweltpolitische Weichenstellung, dass mit den neuen kurzen Reisezeiten deutlich mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene gebracht wird. So

10 Millionen Bayern-Tickets verkauft

Bayerns Verkehrsminister Erwin Huber und Klaus-Dieter Josel, Konzernbevollmächtigter der DB AG für den Freistaat Bayern, gratulierten in Bamberg der Käuferin des zehnmillionsten Bayern-Tickets. Das Bayern-Ticket wurde auf Initiative des Freistaats im Jahr 1997 als erstes Länderticket ins Leben gerufen und fand seitdem von Jahr zu Jahr mehr Kunden. Mittlerweile ist es das erfolgreichste Länderticket der Deutschen Bahn.

Nach Wegfall der nachmittäglichen Sperrzeiten und weiteren Konditionsverbesserungen können heute mit dem Bayern-Ticket bis zu fünf Personen einen Tag im bayerischen Nahverkehr unterwegs sein. Das Ticket gilt Montag bis Freitag von 9 Uhr bis 3 Uhr des Folgetages und am Wochenende und an gesamt-bayerischen Feiertagen von 0 Uhr bis 3 Uhr des Folgetages. Den Reisenden stehen außer den Nahverkehrszügen alle Verbundverkehrsmittel (S-, U-, Straßenbahnen und Busse) und seit Dezember letzten Jahres auch bayernweit nahezu alle Buslinien zur Verfügung. Damit wurde das Bayern-Ticket praktisch zu einem universellen Mobilitätsticket im Nahverkehr. Mit der Einführung von Bayern-Ticket Single im Jahr 2003 und Bayern-Ticket Nacht im vergangenen Jahr wurde die Bayern-Ticket-Familie um zwei weitere attraktive Angebote erweitert. DK

Sitzung des Nachbarschaftsbeirats:

Dringende Projekte realisieren!

Ganz im Zeichen der Verkehrsentwicklung im Flughafenumland stand die jüngste Sitzung des Nachbarschaftsbeirats. Die im NBR vertretenen 14 Umlandgemeinden des Münchner Flughafens fordern in zwei Resolutionen, dringende Verkehrsprojekte in der Region endlich zu realisieren.

Wie Herbert Knur, Bürgermeister von Berglern, erläuterte, treten die Kommunen somit zum ersten Mal geschlossen auf und stellen solidarisch ihre Einzelinteressen zu Gunsten eines von allen getragenen Gesamtpaketes zurück.

Erarbeitete Auswahl

Aus dem breiten Spektrum notwendiger Verkehrsprojekte hat der Nachbarschaftsbeirat eine Auswahl der vordringlichsten Maßnahmen erarbeitet und in Resolutionen zum Straßen- bzw. Schienenverkehr zusammengefasst. Wie Edda Huther, Vorsitzende des Nachbarschaftsbeirats, hervorhob, stellen die aufgeführten Projekte lediglich das absolute Mindestmaß an unverzichtbaren Ausbauprojekten, un-

abhängig vom Bau einer dritten Startbahn, dar. Die weiteren Verkehrsmaßnahmen, die aus dem Kreis des Nachbarschaftsbeirats zur Diskussion gestellt wurden, werden in einem gesonderten Schreiben den zuständigen Fachministerien übermittelt.

Dialog mit Stoiber

Dass die Forderungen in den beiden Resolutionen unverzichtbare Mindestanforderungen der Verkehrserschließung sind, die zügig verwirklicht werden müssen, soll durch eine Delegation des Nachbarschaftsbeirats unter der Führung Edda Huthers dem Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber persönlich vorgetragen werden. DK

Resolution zum Schienenausbau

Die im Nachbarschaftsbeirat vorgestellte, in der Planung schon bekannte Schienenanbindung S-Bahn: Ringanschluss Erding mit Walpertkirchener Spange, S-Bahn: 4-gleisiger Ausbau der Strecke München Ostbahnhof - Markt Schwaben, Bau der Neufahrer Gegenkurve mit 4-gleisigem Ausbau bis Bahnhof Freising sowie Ausbau und Elektrifizierung der Strecke München Ost - Mühldorf - Freilassing/Burghausen ist in all ihren Teilen überfällig und unerlässlich.

Aktivierung des Arbeitskräftepotenzials

Mit ihr könnte endlich eine unmittelbare Schienenanbindung des südöstlich und nordöstlich angrenzenden Raumes an den Flughafen geschaffen werden, die den Straßenverkehr entlastet, das Arbeitskräftepotenzial aus Südosten für den Flughafen aktiviert und den Siedlungsdruck auf das unmittelbare Flughafenumland mindert. Der Nachbarschaftsbeirat fordert bindende zeitliche Zusagen zur Verwirklichung, realistische Finanzierungskonzepte und zeitnahe konkrete Schritte als vertrauensbildende Zeichen. Der Flughafen München kommt als Infrastruktureinrichtung dem gesamten süddeutschen Raum zugute, die mit ihm verbundenen Belastungen hat allein die Bevölkerung der Airport Region zu tragen. Eine vernünftige Schienenanbindung würde wenigstens in diesem Bereich eine Verbesserung für die Bevölkerung bedeuten. Umso dringlicher ist ihre Realisierung. Dabei werden auch weitere Verkehrserschließungsmaßnahmen, wie geeignete P+R Parkplätze und die Verknüpfung von U- und S-Bahn zu prüfen sein.

Auch die Landkreise Altötting, Ebersberg, Mühldorf, Rottal-Inn und Landshut unterstützen diese Resolution der Nachbarschaftsbeiratsmitglieder. DK

rechnet die Deutsche Bahn zwischen München und Nürnberg mit einer Steigerung der Fahrgäste von 30 Prozent.

Qualitätssprung

Stoiber erwartet mit der neuen ICE-Trasse München-Ingolstadt-Nürnberg einen weiteren Schub zur wirtschaftlichen Entwicklung Bayerns und insbesondere der Regionen Nürnberg und Ingolstadt. Stoiber: „Dieser Qualitätssprung zu einer hochmodernen Infrastruktur bedeutet für die Regionen Nürnberg und Ingolstadt weitere Gewerbesiedlungen mit neuen Arbeitsplätzen.“ Stoiber kündigte an, dass dem Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur in ganz Bayern weiter hohe Priorität eingeräumt werden soll. □

RBA

www.rba-bus.de

Regionalbus Augsburg GmbH



Der starke Partner der kommunalen Aufgabenträger

Als eines der größten Verkehrsunternehmen in Bayern bieten wir unseren Fahrgästen ein umfassendes Mobilitätsangebot. Gut ausgebildete Fahrerinnen und Fahrer bringen Sie mit modernen Omnibussen ans Ziel - sicher, pünktlich und bequem.

Wenn Sie mehr über uns und unsere Angebote im Linien-, Schüler- und Berufsverkehr wissen wollen, sind wir gerne für Sie da.

RBA Regionalbus Augsburg GmbH
Eichleitnerstr. 17
86199 Augsburg

Telefon 0821/50215-0
Telefax 0821/50215-88
eMail: info@rba-bus.de

RBA - Mobilität mit Qualität

Unterflur-Müll-Sammelbehälter von Clean City:

Sparsame Schönheit mit inneren Vorzügen

Neue Müllkörbe-Generation überzeugt immer mehr Kommunen

Müllkörbe leeren und Reste zusammenfegen - diese Zeiten sind vorbei. Europaweit lassen Kommunen immer öfter „gefällige Müllbehälter“ im Boden versinken. Der Unterflur-Müll-Sammelbehälter UMS, hergestellt von der Firma Clean City in Niederkrüchten bei Mönchengladbach, sorgt für geringere Kosten, eine saubere Stadt und verfügt außerdem über eine attraktive Optik. Im Jahr 2003 gewann der UMS den Innovationspreis der französischen Entsorgungswirtschaft und erhielt darüber hinaus Auszeichnungen in Deutschland und in der Schweiz.

Im Jahr 2000 brachte die Firma Clean City das System auf den Markt. Seitdem wurden die Müllsammler europaweit in ca. 50, bundesweit in ungefähr 30 Städten installiert, darunter etwa in Neu-Ulm, Stuttgart, Frankfurt, Düsseldorf, Köln und Konstanz.

Schlichtweg unersättlich

Bis normale Müllbehälter überquellen, vergehen oft nur Minuten. Die neue Generation der Müllkörbe fasst 650 Liter und kann damit 12 bis 20 mal mehr Abfall aufnehmen als ein her-



Die neue Müllkörbe-Generation fasst sagenhafte 650 Liter. □

kömmlicher Papierkorb. Rein äußerlich handelt es sich beim UMS um einen ganz einfachen Müllbehälter. Mit 88 cm Höhe und 30 cm Durchmesser zählt er nicht gerade zu den größten. Und dennoch ist er schlichtweg unersättlich. Mehr als 700 Einheiten wurden inzwischen deutschlandweit installiert. Und die Produktion läuft auf Hochtouren.

Kurze Installationszeit

Der eigentliche Müllbehälter ist ein unterirdischer Kasten. Für die Installation benötigen Fachfirmen maximal zwei Stunden (bei nachträglichem Einbau in befe-

stigte Straßenflächen sollte man mit 4 bis 5 Stunden Einbauezeit bei zwei Mitarbeitern für das komplette Öffnen, Einbauen und Wiederherstellen der Fläche rechnen).

Saubere Lösung

Der Müllbehälter wird zunächst eingebuddelt und anschließend die Absaugklappe und der Edelstahlzylinder aufgeschraubt. Das Design des sichtbaren Behälters lässt sich der Umgebung individuell anpassen und sogar in Lampenmasten integrieren. Betonarbeiten sind nicht nötig. Innerhalb von 15 Sekunden kann der ganze Müll herausgesaugt werden. Dies funktioniert mit jeder Kehrmaschine. Und weil der Müll unterirdisch auch im Sommer bei kühlen 8 Grad Celsius lagert, handelt es sich hier um eine saubere Lösung, die selbst an heißen Tagen nicht zum Himmel stinkt und auch keine Belästigung durch Insekten hervorruft.

Vorteile liegen auf der Hand

Bei kommunalen Entsorgungsfirmen stößt diese Entsorgungstechnik auf wachsende Begeisterung. Die Vorteile liegen klar auf der Hand, wie der Betriebsleiter der Technischen Betriebe Konstanz, Herbert Munjak, feststellt: „Die Leute können ihren Hausmüll dort nicht mehr entsorgen, weil der nicht durch die Öffnung passt, außerdem kommt es durch das größere Vorhaltevolumen seltener zu Überfüllungen, weshalb die Standorte weitaus seltener angefahren werden müssen.“

Beispiel Konstanz

In Konstanz ist das System seit vier Jahren im Einsatz. Vorher gab es dort speziell in der Innenstadt immense Probleme, den überquellenden Papierkörben Herr zu werden, obgleich

diese zweimal am Tag geleert wurden. Die UMS hätten ob ihrer 10 bis 12-fachen Aufnahme-

Technische Daten

Tubus Kiel, 2-3 mm Edelstahl gebürstet, Piktogramme elektrisch chemisch gebeizt. Absaugschacht, Deckel und Schloss in Edelstahl mit Anfrierschutz. Unterflurbehälter aus 2 mm Stahlblech, winkelverstärkt, Statik Brückenklasse 30/30 innen und außen bitumenbeschichtet. Fassungsvermögen mit Tubus ca. 650 l. Bei Unfällen, z. B. Anfahren eines LKW, keine Beschädigung des Unterflurbehälters (Sollbruchstelle), leichtes Auswechseln des Einwurftubus.

Anforderung: normale Kehrmaschine mit 25 cm Schlauch, Absaugzeit 10 bis 20 Sek., Einbau 2 bis 3 Std., Hindernisse im Erdreich sind normalerweise kein Problem, weil der Behälter nur 1 m tief geht und man durch seine spezielle Form Hindernissen aus dem Weg gehen kann. Zudem kann der Tubus durch seinen Adapterring in Richtung und Neigung angepasst werden. Erforderlicher Aushub ca. 1 bis 1,5 m³. Amortisation innerhalb von 2 bis 3 Jahren durch längere Reinigungsintervalle und fehlende Wochenend- bzw. Feiertagseinsätze. **DK**

menge eines herkömmlichen Papierkorbes für eine entzerrte Situation gesorgt, so Munjak. Entleerungen seien nunmehr nur noch zweimal pro Woche nötig. „Die Anwohner fragen mich sogar, ob sie auch einen der Mülleimer vor der Tür haben können“, berichtet der Betriebsleiter.

Enorme Einsparung

Damit konnten auch zwei Arbeitsstellen, die in andere Bereiche verlagert wurden, eingespart werden, berichtet Munjak. Die Konstanzer seien so zufrieden mit dem System, dass in den nächsten fünf Jahren weitere 40 Edelstahlrohre geplant sind. Die Kommune am Bodensee würde dann insgesamt über 100 Container verfügen. Standort-Schwerpunkt werden hierbei einige öffentliche Plätze sowie

große Bushaltestellen sein. Insgesamt spart die Kommune mit den Containern etwa 40.000 Euro pro Jahr.

Jede Menge Tests

Bevor der UMS im Boden versenkt werden konnte, musste er viele Tests bestehen. Vorkommnisse des täglichen Lebens wurden ein ums andere Mal durchgespielt. So warfen die Entwick-

ler beispielsweise Zigarettenkippen in den Container und zündende Zeitungen an. Dabei zeigte sich, dass der Behälter über so wenig Sauerstoff verfügt bzw. dieser so schnell aufgebraucht ist, dass nur kurze unbedeutende Schwelbrände entstehen. Der Behälter ist aus zu starkem Stahlblech, als dass Hitze nach außen dringen könnte. Selbst Brandbeschleuniger hatten die gleiche Wirkung.

Die Kosten für das komplette System (siehe Kasten) haben sich in der Regel nach zwei bis drei Jahren amortisiert. Weniger Leerungen, saubere Fußgängerpassagen - davon lassen sich Stadtväter sogar in Zeiten leerer Kassen überzeugen.

Weitere Informationen:
Tel.: 02163/898236, eMail: cleancityums@web.de bzw. www.cleancityums.de **DK**

Preisliste

Komplettes System Euro 1700 incl. Einbau
Aufpreis Aschenbecher Euro 90
Miete über 5 Jahre, pro Monat Euro 27

Danach Kaufpreis Euro 5

Mengenstaffelung und weitere Tubusgestaltungen auf Anfrage
Hochbelastbarer Absaugschlauch, 25 cm Durchmesser, 4 m Länge mit optimalen leichten Abzugsstützen aus Edelstahl Euro 1000

Bei Order von mehr als 10 Einheiten Lieferung frei Haus. **DK**

Kompromiss zur EU-Dienstleistungsrichtlinie:

Positiv für kommunale Abfallwirtschaft

Die überarbeitete Fassung der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie, die vor kurzem vom EU-Parlament verabschiedet wurde, wird von der Münchner Kommunalreferentin Gabriele Friderich ausdrücklich begrüßt: „Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Das EU-Parlament hat wesentliche Forderungen der Kommunalwirtschaft berücksichtigt und Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse aus dem Geltungsbereich der neuen Richtlinie, und damit aus dem ‚freien Dienstleistungsverkehr‘ herausgenommen.“

Zu diesen Ausnahmereichen zählt neben Aufgaben der öffentlichen Ordnung, der Gesundheit und der Wasserversorgung auch die kommunale Abfallentsorgung. Das bedeutet, dass die Mitgliedsstaaten nunmehr weiterhin die Gestaltungsfreiheit haben, die Organisation der Abfallentsorgung eigenständig zu regeln. Die ursprüngliche Entwurfsfassung der Richtlinie hatte diese Dienste noch enthalten und damit für Befürchtungen gesorgt, dass künftig die Grundsätze des Allgemeinwohls, der Nachhaltigkeit und des Näheprinzips hinter rein wirtschaftlichen und wettbewerbsbezogenen Motiven zurücktreten müssten. Friderich: „Die Fundamente der kommunalen Daseinsvorsorge - und dazu gehört auch eine ökologisch hochwertige Abfallentsorgung - dürfen auch in Zukunft nicht zu Spekulationsobjekten werden.“

Die städtischen Betriebe haben, so die Referentin, die Ressorts der Stadthygiene in Jahrzehnten zielgerichteter Arbeit aufgebaut und seither mit hohen Investitionen immer auf den neuesten Stand der Technik gebracht. Eine Veräußerung dieser Einrichtungen der Grundversorgung Münchens zur kurzfristigen Aufbesserung des Stadthaushaltes wäre nach Friderichs Dafürhalten ein „Umding“. Sie sieht in der jetzigen Entscheidung des EU-Parlaments eine Signalwirkung für die Meinungsbildung der Politiker in Bund, Ländern und Kommunen: „Es gilt, die Vorteile und Stärken kommunaler Betriebe wieder zu entdecken. Insbesondere im Abfallbereich sind die städtischen Unternehmen Vorreiter für umwelttechnische Innovationen und zuverlässigen Service. Nicht umsonst beobachten wir bundesweit eine erste Trendwende zur ‚Rekommunalisierung‘ von bereits privatisierten Entsorgungsbetrieben.“

In punkto Arbeitssicherheit und Umweltschutz hätten die Kommunalen schon seit langem die Nase vorne. Das Beispiel München zeige außerdem, dass öffentlich-rechtliche Entsorger auch bei den Gebühren einen Vergleich mit der privaten Konkurrenz ziehen können. So lägen die Gebühren des städtischen Abfallwirtschaftsbetriebs Münchens AWM schon seit langem weit unter denen des Umlandes, wo private Abfallfirmen tätig sind.

Gabriele Friderich gibt zu bedenken, dass man bei grundsätzlichen Weichenstellungen in der Kommunalwirtschaft sehr vorsichtig sein sollte: „Im Gegensatz zu Privatkonzernen zielen die kommunalen Entsorger nicht auf die Maximierung des Unternehmenswertes durch Gewinnsteigerungen und Erhöhung des Eigenkapitals ab. Wie viele öffentliche Unternehmen, arbeitet beispielsweise der AWM als Eigenbetrieb nach dem Kostendeckungsprinzip ohne Gewinnerzielungsabsichten.“

Bewährtes nicht aushebeln

Kommunale Dienstleistungen wie die Abfallentsorgung würden örtlich erbracht. Über Umfang, Qualität und Preis entschieden die von den Bürgern gewählten Stadträte. Sie seien gut beraten, diese Entscheidungsbefugnisse zu behalten, die sie im Falle von Privatisierungen für immer an internationale Konzerne abgeben würden. Bei den Aufgaben der Daseinsvorsorge spiele auch das Zusammenwirken der für das Gesamtgemeinwohl wichtigen Faktoren wie Sozialverträglichkeit und ökologische Nachhaltigkeit eine entscheidende Rolle. „Es wäre leichtfertig, dieses bewährte Zusammenspiel auszuhebeln, nur weil Liberalisierung und Privatisierung kommunaler Dienstleistungen auf EU-Ebene zur Zeit en vogue sind“, meinte Friderich. **DK**

Umweltschutz bringt Betrieben bares Geld

In Maßnahmen des betrieblichen Umweltschutzes und in umweltbewusstem Management stecken für Unternehmen noch ungeahnte Einsparpotenziale und somit bares Geld. Dies betonen Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf und die Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium Dagmar Wöhrl bei der Überreichung der B.A.U.M. Umweltpreise und Internationalen B.A.U.M. Sonderpreise in München.

Die Preise gingen unter anderem an Claus Hipp (für klein- und mittelständische Unternehmen), die Michael Stich Stiftung und Stiftung Kindergesundheit von Irene Epple-Waigel (Internationale Sonderpreise) oder Unser Land e. V. (Institutionen). Schnappauf: „Die Zeiten, wo Umweltschutzmaßnahmen von den Betrieben nur als Kostentreiber gesehen wurden, sind längst vorbei und werden durch Zahlen eindrucksvoll widerlegt.“

Einsparvolumen

So ließen sich zwei bis fünf Prozent der Gesamtkosten eines Unternehmens durch gezieltes Umweltmanagement reduzieren, was einem Einsparvolumen alleine in Deutschland von 80 bis 200

Milliarden Euro entsprechen. Schnappauf und Wöhrl appellierten an die Betriebe, durch die Einführung von Umweltmanagementsystemen Kosteneinsparungen nicht zu verschenken und gleichzeitig der Umwelt etwas Gutes zu tun.

Freiwillige Kooperationen

Große Bedeutung beim betrieblichen Umweltmanagement misst Schnappauf freiwilligen Kooperationen von Staat und Wirtschaft bei. Gerade der Umweltpakt Bayern, der 2005 bereits zum dritten Mal aufgelegt wurde und an dem mittlerweile 3.600 Betriebe mit 515.000 Mitarbeitern teilnehmen, demonstrierte die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft. □

Gute Namen.



Im Fußball entscheidet eine gute Mannschaftsaufstellung über den Erfolg. Auch beim Kunststofffenster-Recycling zählen Können und Teamgeist. Da sind die führenden deutschen Kunststoffprofilhersteller mit ihrem Know-How. Unter dem gemeinsam gegründeten Dach Rewindo verfolgen sie ein Ziel: möglichst viele Altfenster aus Kunststoff wiederzuverwerten. Das Ergebnis: mehr Nachhaltigkeit. Der Gewinner: die Umwelt.

www.rewindo.de/Infoline 0228. 921 28 30

Gute Idee.



Rewindo
Fenster-Recycling-Service

Anteil verwerteter Batterien erreicht erstmals 82 Prozent

Öffentlichkeitsarbeit fördert die Batterierückgabe

Hamburg - Die Stiftung Gemeinsames Rücknahmesystem Batterien (www.grs-batterien.de) konnte 2005 erneut sowohl die Batterierücknahmemenge als auch den Anteil verwerteter Batterien ausbauen. Die Masse der zurückgenommenen Gerätebatterien und Akkus stieg im Vergleich zum Vorjahr um fünf Prozent auf 12.263 Tonnen und legte damit stärker zu als der Absatzmarkt für Batterien.

Dank intensiver Öffentlichkeitsarbeit ist es GRS Batterien gelungen, die Masse der jährlich zurückgenommenen Batterien seit dem Jahr 2000 insgesamt um mehr als 30 Prozent zu steigern. Damals belief sich die Batterierückgabemenge auf 9.322 Tonnen. Noch beachtlicher sind die Fortschritte beim Batterierecycling: Der Anteil verwerteter Batterien ist von 33 Prozent im Jahr 2000 auf heute 82 Prozent gestiegen. Damit wurde der im Jahr 2004 erzielte Verwertungsanteil von 77 Prozent nochmals übertroffen.

Handel als beliebteste Batterierückgabestelle

Die Verbraucher bevorzugen die Batterierückgabe im Handel, weil sie sich dort bequem mit dem Einkauf verbinden lässt. Im vergangenen Jahr wurden 49 Prozent der zurückgegebenen Batterien in Geschäften gesammelt, die Gerätebatterien und Akkus im Sortiment führen (2004: 48 Prozent). Kommunale Sammelstellen und Gewerbebetriebe trugen jeweils zu 25 Prozent zur Gesamtrückgabemenge bei. Das Gemeinsame Rücknahmesystem stellt in Deutschland ein flächendeckendes Netz von mehr als 160.000 Stellen für die Übergabe von Altbatterien und Akkus zur Verfügung; allein 140.000 Verkaufsstellen des Handels sind mit den grünen Sammel- und Transportbehältern des GRS Batterien ausgestattet.

Die Sortierung - Voraussetzung für effizientes Verwerten

Vor der Verwertung werden die Batterien zunächst nach den elektrochemischen Systemen getrennt. Insgesamt wurden im aktuellen Berichtsjahr 12.105 Tonnen Batterien sortiert. Der Anteil wieder aufladbarer Batterien bewegte sich mit 17,3 Prozent (2.095 Tonnen) auf dem Vorjahresniveau. Alkali-Man-

gan- und Zink-Kohle-Batterien, die beiden meistverkauften Batteriesysteme, bildeten mit einem Anteil von zusammen rund 79 Prozent auch die größte Fraktion unter den sortierten Batterien. Der Anteil der Nickel-Cadmium-Batterien ist in 2005 weiter zurückgegangen auf 7,4 Prozent. Die verbleibenden rund 14 Prozent verteilen sich auf Kleinblei-Batterien, Knopfzellen und die Systeme Lithium, Zink-Luft und Nickel-Metallhydrid. Die Sortierung in die verschiedenen elektrochemischen Systeme erfolgt mit Hilfe elektromagnetischer Sensoren bzw. durch Röntgen-Sensoren, die das Batteriesystem anhand der Graustufung des Röntgenbildes erkennen.

Kontinuierlicher Aufwärtstrend bei der Verwertung

Seit GRS Batterien 1998 die Tätigkeit aufgenommen hat, konnte der Anteil verwerteter Batterien Jahr für Jahr deutlich gesteigert werden. Im ersten vollständigen Geschäftsjahr 1999 wurden erst 19 Prozent der zurückgegebenen Batterien recycelt, 2005 lag der Verwertungsanteil erstmals bei 82 Prozent. 9.911 Tonnen Batterien wurden von GRS Batterien im letzten Jahr der Verwertung zugeführt.

Möglich wurde die Steigerung des Verwertungsanteils durch den kontinuierlichen Rückgang des Anteils quecksilberhaltiger Alkali-Mangan- und Zink-Kohle-Batterien im Abfallstrom sowie durch neue Verwertungsanlagen, die schwach quecksilberhaltige Batterien zu verträglichen Kosten verwerten können. Die europäischen Batteriehersteller verwenden schon seit den 90er Jahren kein Quecksilber mehr bei der Herstellung dieser beiden Batteriesysteme. Seit 2001 ist es verboten, quecksilberhaltige Batterien in Verkehr zu bringen. Ausgenommen sind lediglich Knopf-

zellen. Von GRS Batterien geförderte Forschungs- und Entwicklungsprojekte sorgen dafür, dass der Aufwärtstrend beim Recycling anhält. Durch das Batterierecycling werden vor allem Zink, Eisen, Nickel, Blei und Cadmium zurückgewonnen.

Das Ziel: Noch mehr Verbraucher zum Mitmachen motivieren

In Deutschland wurden im vergangenen Jahr 34.625 Tonnen Batterien in Verkehr gebracht. GRS Batterien will daher die Batterierückgabemenge kontinuierlich weiter ausbauen und setzt dazu seit den Anfängen des Gemeinsamen Rücknahmesystems auf intensive Öffentlichkeitsarbeit. Unter dem Motto „Zurück für die Zukunft!“ führt GRS Batterien vielfältige Aktionen durch, die über die Batterierückgabe informieren und die Verbraucher motivieren, Batterien möglichst sofort nach Gebrauch bei den Sammelstellen abzugeben.

So hat GRS Batterien beispielsweise in deutschen Ballungszentren Mini-Batteriesammelboxen an mehr als sechs Millionen Haushalte verteilt. Begleitet wurde die PR-Aktion im vergangenen Jahr durch City-Light-Poster und Kooperationen mit reichweitenstarken Hörfunksendern, die über

Elektro-Altgeräteentsorgung mit schweren Systemfehlern:

bvse verlangt Änderung der Abholpraxis

Die ersten Erfahrungen der bvse-Mitglieder mit den neuen Rücknahmesystemen für Elektro(nik)-Altgeräte sind „durchweg negativ“. Hauptkritikpunkt der Praktiker sind weiterhin die umstrittenen Abläufe zur Abhollogistik. Die Regelung der Stiftung EAR sieht in diesem Zusammenhang vor, dass für den Abholauftrag ein anderer Hersteller beauftragt werden kann, als derjenige, der den abzuholenden Container aufgestellt hat. „Die Praxis der ersten Woche hat gezeigt, dass man in diesem System fast immer auf einen fremden Container trifft“, berichtet Ullrich Didszun, Vizepräsident im bvse - Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V.

Um die Aufträge überhaupt abwickeln zu können, seien die Unternehmen derzeit gezwungen, für jeden Auftrag umfangreiche Informationen darüber einzuholen, welcher Dienstleister vor Ort stehe und mit welchen Containertypen die abholbereite Gerätegruppe gesammelt wurde. Dieser immense Verwaltungs- und Koordinierungsaufwand sei nicht akzeptabel. Die Unternehmen seien erheblichen logistischen Problemen ausgesetzt, die „schnell abgestellt“ werden müssten, forderte Didszun, der berichtete, dass einige Unternehmen sich aus dem System ganz zurückziehen wollten.

Damit die Altgeräteerfassung überhaupt anlaufen konnte, wurden in der vergangenen Woche erhebliche Anstrengungen unternommen, die kommunalen Sammelstellen mit Containern auszustatten. Die bvse-Unternehmen kritisierten, dass sie die Gestellungsaufträge teilweise erst in letzter Minute erhalten hätten. Ein zusätzlicher Kritikpunkt sei, dass einige kommunale Übergabestellen zu viele oder zu große Container geordert hätten, was in der Anfangsphase dazu geführt habe, dass die notwendige Containerkapazität nicht überall im Lande kurzfristig verfügbar war.

Trotz aller Abstimmung unter den Beteiligten vor Ort entsteht immer wieder Chaos an den Übergabestellen, weil Transport- und Behältersysteme absolut nicht zueinander passen würden. Praktiker bemängeln, dass die

Batterierückgabe berichten und die Hörer zum Mitmachen aufforderten. 2006 sind weitere verbraucherorientierte Aktionen geplant. Außerdem will GRS Batterien mehr Gewerbebetriebe und öffentliche Einrichtungen überzeugen, die unentgeltlichen Entsorgungsleistungen des Gemeinsamen Rücknahmesystems in Anspruch zu nehmen.

Das gemeinsame Rücknahmesystem der Batteriehersteller

Die von Batterieherstellern gegründete Stiftung GRS Batterien übernimmt seit Inkrafttreten der Batterieverordnung im Oktober 1998 bundesweit die unentgeltliche Batterierücknahme und -entsorgung. Dazu statet GRS Batterien den Handel, öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger, Gewerbebetriebe und öffentliche Einrichtungen unentgeltlich mit Sammel- und Transportbehältern aus und übernimmt anschließend die Abholung, das Sortieren und die Entsorgung der gesammelten Batterien.

Finanziert werden die Entsorgungsleistungen aus den Beiträgen der Batteriehersteller und -importeure, die Vertragspartner von GRS Batterien sind. Deren Zahl stieg im Laufe des Jahres 2005 um 120 Unternehmen auf nunmehr 736 Nutzer - ein Plus von ca. 20 Prozent). Die Höhe der Entsorgungskostenbeiträge ist abhängig vom Gewicht, dem elektrochemischen System und der Stückzahl der Batterien, die das jeweilige Unternehmen in Deutschland in Verkehr bringt. □



Übersicht der LOGEX-Vertragspartner.

LOGEX im Porträt

Die LOGEX ist mit 45 mittelständischen Entsorgungsunternehmen als Gesellschafter derzeit die größte Mittelstandskooperation in Deutschland. Sie wurde 1993 als Reaktion des Mittelstandes auf die Konzentration innerhalb der Abfallbranche und auf veränderte Kundenanforderungen von Reinhard Büchl und sechs weiteren Entsorgern gegründet.

Die Systemzentrale mit Sitz in Ingolstadt beschäftigt 40 Mitarbeiter und erbringt mit ihren Partnern im gesamten süddeutschen Raum (Bayern, Baden-Württemberg und Hessen sowie

aktivitäten weiter auszubauen. Stetiges Umsatzwachstum, die Vermarktung von großen Mengen an Sekundärrohstoffen und der Ausbau von Consultingaktivitäten für die LOGEX-Gesellschafter bestätigen, dass der Zusammenschluss mittelständischer Unternehmen erfolgreich umgesetzt werden kann.

Darüber hinaus engagieren sich die ausschließlich familiengeführten Gesellschafter der LOGEX für nahezu 100 Kommunen und 50.000 regionale Kunden. Das Angebotsspektrum umfasst bis auf wenige Spezialaufgaben die gesamte Palette der Kreislaufwirtschaft.

Für bundesweite Entsorgungsprojekte wurde LOGEX 1995 Gründungsmitglied der ZENTEK GmbH & Co. KG. Die ZENTEK ist ein Gemeinschaftsunternehmen der fünf größten mittelständischen Entsorgungsunternehmen in Deutschland. Sie entwickelt und vertreibt für überregional, bundesweit und grenzüberschreitend tätige Unternehmen flächendeckende Entsorgungssysteme unter Berücksichtigung der jeweils branchenspezifischen Besonderheiten und Gegebenheiten. Das



Reinhard Büchl, Vorsitzender des Gesellschafter-Beirates. □

Teile von Thüringen und Sachsen) flächendeckend Entsorgungsdienstleistungen (Vertrieb, Service, Kundenberatung und Reklamationsmanagement) für überregional agierende Kunden. Dadurch verbindet LOGEX die Flexibilität des Mittelständlers vor Ort mit den hohen Ansprüchen überregional tätiger Kunden. Die Systemzentrale bündelt darüber hinaus auch Funktionen wie Abfallvermarktung, Einkauf und Marketing für ihre Gesellschafter.

Die Gesellschafter der LOGEX erwirtschaften mit mehr als 5.000 Mitarbeitern mehr als 700 Mio. Euro Umsatz an rund 100 Unternehmensstandorten. Geschäftsführer ist seit 1998 Peter Meißner, Vorsitzender des Gesellschafterbeirates ist Reinhard Büchl.

Wichtige Projekte, die die LOGEX im Auftrag der Gesellschafter betreut, sind u. a. die Entsorgung von überregional tätigen Handelsunternehmen, die Rücknahme von Verpackungen und Altprodukten sowie die Entsorgung der Recyclingcenter der amerikanischen Streitkräfte. Im Rahmen des ElektroG entsorgt die LOGEX einen wesentlichen Anteil der Mengen in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen und ist damit direkter Partner der Kommunen.

Das dichte Entsorgungernetz der LOGEX, das effiziente Stoffstrommanagement, die zentrale Kundenbetreuung durch die Systemzentrale, die umfangreichen Beratungsleistungen sowie die langjährige Erfahrung sind gute Voraussetzungen, diese Geschäftsak-



Geschäftsführer Peter Meißner.

Netz der Gesellschafterniederlassungen umfasst bundesweit mehr als 200 Standorte.

Seit Januar 1999 arbeitet die LOGEX mit der ABCO, einer österreichischen Mittelstandskooperation, eng zusammen. Den in Süddeutschland und Österreich präsenten Kunden bieten LOGEX und ABCO die Möglichkeit zum zentralen Einkauf von grenzüberschreitenden Entsorgungsdienstleistungen an.

Die Anfang 2005 gegründete Papierhandelsgesellschaft PAR-EX GmbH, bündelt Papiermengen, insbesondere zur Versorgung der Papierindustrie. Die LOGEX erwirtschaftet rund 50 Mio. Euro Umsatz und ist eine Non-Profit-Gesellschaft. □

— LOGEX —

die Kooperation von mehr als 40 familiengeführten Entsorgungsunternehmen in Süddeutschland.

- > Überregionales Entsorgungssystem für Handel, Industrie und Gewerbe
- > Rücknahmesysteme für Altprodukte (E-Schrott, Verpackungen, Pfandgebilde)
- > Vermarktung von Wertstoffen, Papier und Brennstoffen aus Abfällen
- > Kooperationsmanagement für größte Kooperation mittelständischer Entsorger



LOGEX SYSTEM GmbH & Co. KG
Eriagstraße 2
85053 Ingolstadt
Tel.: 08 41/9 66 03-70
Fax: 08 41/9 66 03-79
Email: info@logex.de · www.logex.de

Einfach die bessere Lösung.

Rewindo Fenster-Recycling-Service GmbH:

Mit vereinten Kräften Positives bewirkt

Pressekonferenz von Rewindo in Zusammenarbeit mit acht Verbänden und Initiativen aus der Kunststoffbranche auf der fensterbau frontale in Nürnberg

Die gesamte Branche engagiert sich u. a. auch fürs Recycling und setzt mit dieser gemeinsamen Aktion ein Zeichen. Die Moderation übernahm Dr. Volker Hofmann, Präsident der EPPA (Europäischer Verband der Hersteller von PVC-Fensterprofilen und verwandter Produkte). Ulrike Grawe, Geschäftsführerin von EPPA, erläuterte die europäischen Recyclingmengen, die erfolgreiche Erfüllung der 50-Prozent-Quote in der Zielerreichung beim Meilenstein 2005 der Selbstverpflichtung und die Erfolge des schrittweisen Bleiausstieges bis 2015. Wie der Bleiausstieg in der Praxis funktioniert, stellte Volker Schmidt, Geschäftsführer der Firma PlusTec, vor. Er referierte über seine Erfahrungen mit Calcium/Zink-stabilisierten Fenstersystemen. Die Firma PlusTec hat 1995 das erste bleifreie Profil auf den Markt gebracht.

Michael Vetter, Geschäftsführer der Rewindo GmbH, zog in seinem Vortrag eine Zwischenbilanz und erläuterte die erreichte Recyclingquote von 76 Prozent im Jahr 2005. Die wiederverwertete Menge von 7.359 Tonnen überstieg demnach die angestrebte Recyclingmenge von 4.838 Tonnen. Sein besonderer Dank galt den beiden Recyclingpartnern Tönsmeier Kunststoffe und VEKA Umweltechnik für ihre hervorragende Arbeit. Die Leistungen der Rewindo sind ein Gemeinschaftserfolg und zeigen, was die vereinten Kräfte der Fensterprofilbranche bewegen können.

2005 war ein wichtiges Jahr für das Recycling - seit dem 1. Juni gilt die TA Siedlungsabfall, die Deponien für unbehandelte Abfälle schließt. Durch die gestiegenen Entsorgungskosten, die in manchen Regionen bis zu 300 Prozent betragen, sind die Recyclinglösungen nun auch eine ökonomisch sinnvolle Verwertungsalternative zur Müllverbrennung. Der Abfallbesitzer spart Kosten und entlastet zugleich die Umwelt. Und die Nachfrage nach den Recyclinglösungen wird weiter steigen.

Zudem stellte Michael Vetter in einer Gemeinschaftsaktion mit den Gesellschaftern unter dem Motto „Mehr drin für die Zukunft“ Fensterprofile mit Recyclatkern vor. Aus recycelten Kunststoff-Fenstern entstehen neue High-Tech-Profile. Das sortenreine PVC-Recyclat wird für den Profilkern verwendet, die äußere Deckschicht besteht aus neuem PVC. Das schont Ressourcen und Umwelt. Fenster-

profile mit Recyclatkern leisten einen Beitrag zur Erreichung pan-europäischer Nachhaltigkeitsziele und sind ein Praxisbeleg praktizierter Kreislaufwirtschaft.

Einsatz von Recyclatprofilen

Das Profil mit Recyclatkern unterscheidet sich nur durch die Farbe vom Profil aus Neuplast, hat aber zu 100 Prozent die gleiche Qualität, beinhaltet also zusätzlich zu den hohen Qualitätsstandards von Kunststoffen auch Nachhaltigkeit. Das Recycling von Fensterprofilen und die Herstellung von Profilen mit Recyclat werden faktisch und kommunikativ eine noch größere

CSU-Landtagsfraktion:

Elektronische Müll-Begleitscheine flächendeckend einführen

Für eine flächendeckende Einführung elektronischer Müll-Begleitscheine hat sich die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag in einem Antrag ausgesprochen. „Weniger Papier, weniger Aufwand, weniger Kosten“, fasst der Landtagsabgeordnete Johannes Hintersberger, federführend bei der Formulierung des Antrags, die Vorteile des elektronischen Müll-Begleitscheins zusammen.

Hintersberger spricht von einem guten Beispiel für echte Entbürokratisierung. Allein in Bayern würden jährlich rund 200.000 Papierbegleitscheine in der Müllentsorgung ausgegeben. Die elektronischen Müll-Begleitscheine stellen hingegen eine moderne, effiziente Entwicklung in der Müllentsorgung dar. Sie ermöglichen eine zeitnahe und kontinuierliche Kontrolle der unterschiedlichsten Arten der

Müllentsorgung und seien auch flexibel in unterschiedlichen Betriebsgrößen einzusetzen.

re Rolle spielen. Die Gesellschafter der Rewindo unterstützen den Einsatz von Recyclatprofilen und zeigten auf der Messe in einheitlicher Rewindo-Optik Displays mit Querschnitt-Abbildungen von Profilen mit Recyclatkern und kommunizierten die Vorteile der Recyclat-Profile in einer kleinen Broschüre.

Werner Preusker, Sprecher der Initiative PVCplus und Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft PVC und Umwelt e.V., stellte mit Marcus Hermes die Studie „Energiesparpotenziale durch den Einsatz moderner Fenstersysteme in Europa“ vor, die in Zusammenarbeit mit der EPPA entstanden ist. Die Studie verdeutlicht die immensen Einsparpotenziale bei CO₂-Emissionen aus dem Gebäudebereich, wenn bei Sanierung und Neubau von Gebäuden Energie-sparfenster mit hohen Dämmeigenschaften eingesetzt werden. Hermes verdeutlichte zudem die möglichen Energiekosteneinsparungen für die Verbraucher und verwies auf den wachsenden Marktanteil von PVC in Europa.

Müllentsorgung und seien auch flexibel in unterschiedlichen Betriebsgrößen einzusetzen.

Günstigeres Arbeiten

„Für Entsorgungsunternehmen wie auch öffentliche Behörden ermöglichen die elektronischen Begleitscheine ein schnelleres und kostengünstigeres Arbeiten“, so Hintersberger. Einige Unternehmen verwendeten be-



Die Mitglieder des Kreis- und des Umweltausschusses informierten sich gemeinsam mit Landrat Harald Leitherer und den Verantwortlichen in der Verwaltung über die Vorteile einer Biomüllvergärungsanlage.

Landkreis Schweinfurt:

Keine erhöhten Müllgebühren für den Bürger

Kreisräte und Verwaltung besichtigen Vergärungsanlage

Bereits seit 1987 wird im Landkreis Schweinfurt der Biomüll kompostiert. Die Kompostierungsanlagen des Landkreises befinden sich am Abfallwirtschaftszentrum Rothmühle (bei Geldersheim) und in Gerolzhofen. Wegen der stetigen Verfüllung der Deponie Rothmühle muss allerdings die dortige Kompostierung mittelfristig aufgegeben werden.

Wie der Biomüll im Landkreis Schweinfurt künftig weiterbehandelt wird, dafür konnten deutliche Kostensparnisse im fünf- bis sechsstelligen Eurobereich gegenüber den Papierbegleitscheinen verzeichnen. „Deshalb müssen wir das Rad nicht neu erfinden, die Technik ist bisher erfolgreich im Einsatz“, entgegnet der CSU-Abgeordnete dem Argument eventuell anfallender Vorlaufkosten. Bisher habe es bis zu einem Jahr dauern können, bis ein herkömmlicher Müll-Begleitschein seinen Weg vom Betrieb in das Entsorgungsunternehmen bis zur Verwaltungsbehörde geschafft habe.

Bisher ist in Deutschland nach geltender Rechtslage die elektronische Nachweisführung nur ausnahmsweise zugelassen. Die CSU-Fraktion fordert deshalb, insbesondere im Zusammenhang mit der Novellierung der Abfallnachweisverordnung des Bundes, ein elektronisches Nachweisverfahren als Regelfall vorzusehen.

men ursprünglich zwei Varianten in Betracht. Zum einen könnte die derzeitige Kompostierungsanlage auf eine andere Fläche am Abfallwirtschaftszentrum verlegt werden. Dabei würde in Gerolzhofen die Kompostierung wie gehabt weiterlaufen. Die Alternative dazu ist die Errichtung einer Vergärungsanlage für den Biomüll des gesamten Landkreises an der Deponie Rothmühle mit der Kompostierung von Gärrest und Grünrest. Dann würde in Gerolzhofen nur noch das Grünrest kompostiert. Letztere Variante wird favorisiert.

Weitere Schritte

Der Kreisausschuss hat die Abfallwirtschaft im Landratsamt beauftragt, weitere Schritte für einen Wechsel der Biomüll-Verarbeitung von Biomüll von der reinen Kompostierung zu Vergärung in Kombination mit Kompostierung anzugehen.

Die Mitglieder des Kreis- und Umweltausschusses informierten sich jetzt gemeinsam mit Landrat Harald Leitherer und

den Verantwortlichen der Verwaltung in Hittenkirchen (Gemeinde Bernau am Chiemsee) in der dortigen Vergärungsanlage über Verfahrensabläufe, Chancen und Vorteile der kombinierten Vergärung/Kompostierung. Neben der Besichtigung der Anlage wurde vom beauftragten Ingenieurbüro auch der aktuelle Planungsstand präsentiert.

Zahlreiche Vorteile

Zu den Vorteilen einer Biomüllvergärungsanlage zählen unter anderem: Reduzierung der Treibhausgase durch die Nutzung erneuerbarer Energien, Gewinnung von Energie durch Biogas, Strom- und Wärmege- winnung, außerdem geringerer Flächenbedarf und Geruchsminderung.

Keine Änderung

Für den Bürger wird sich in jedem Fall nichts ändern: In der derzeitigen Müllgebührenkalkulation ist bereits eine Investition in eine Biomüllverarbeitungsanlage - sei es Kompostierung oder Vergärung - berücksichtigt: Die Realisierung einer Vergärungsanlage würde damit zu keiner Erhöhung der Müllgebühren führen.

Saubere Stadt! Attraktive Optik! Kosten gesenkt!

UMS Unterflur-Müll-Sammelbehälter

Die ökonomische Ideallösung vieler Probleme

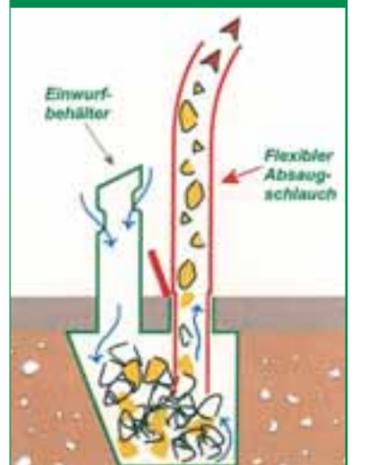
Eleganz mit 2,5facher Effektivität zum Inhalt eines Normal-Müllbehälters

- ➔ Was Sie sehen sieht aus wie 50 Liter Inhalt, ist ästhetisch, langlebig und frisst 635 Liter.
- ➔ Hohes Kosten-Nutzenverhältnis durch geringen Personalaufwand und Reduzierung der Entleerungsintervalle.
- ➔ Absaugung durch normale Kehrraumaschinen.
- ➔ Kein Überquellen und Verwehen von Müll.
- ➔ Optimierte Einwurfsöffnung zur Verhinderung von Hausmüll.

- ➔ Keine wärmebedingte Ausdünstung.
- ➔ Keine Belästigung durch Insekten (z. B. Wespen) durch kühle unterirdische Lagerung.
- ➔ Keine Verteilung/Verbreitung von frei zugänglichem Müll.
- ➔ Reduzierung der Lärmbelästigung durch unterirdische Sammlung.



Absaugen statt schütten. Unterirdisch statt sichtbar.



Clean City
Partner für die Umwelt

Clean City N. Siegel · Dilborner Straße 67 · 41372 Niederkrüchten
Telefon 02163/898236 · Fax 02163/898246
eMail: cleancityums@web.de · Internet-Auftritt: www.cleancityums.de

Wir sorgen für saubere Städte mit geringen Kosten und attraktiver Optik.

Dr. Günther Denzler:

Zehn Jahre Bamberger Landrat

Am 24. März 1996 wurden im Landkreis Bamberg Landrat und Kreistag neu gewählt. Das Spannende daran: Nach 30 Jahren stand Otto Neukum nicht mehr für das Amt des Landrates zur Verfügung. Sein Nachfolger, Dr. Günther Denzler (CSU), zieht nach 10 Jahren eine Zwischenbilanz, die sich sehen lassen kann.

Über 67 Prozent der Wählerinnen und Wähler hatten sich auf Anheb von seinen vier Hauptzielen überzeugen lassen: Vorhandene Arbeitsplätze sichern und neue schaffen, das Landratsamt zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen umbauen, die Zusammenarbeit mit der Stadt Bamberg intensivieren, die Eigenverantwortung des Einzelnen fördern. Inzwischen wurde er nicht nur 2002 mit fast 73 Prozent der Wählerstimmen wiedergewählt, sondern erhielt Ende 2003 auch das Ehrenamt des oberfränkischen Bezirkstagspräsidenten übertragen. Die vier Ziele bestimmen nach wie vor sein politisches Handeln. Ganz nach dem von ihm häufig zitierten Satz „Miss es oder vergiss es!“ hat er es sich zur Gewohnheit gemacht, regelmäßig Rechenschaft über das Erreichte abzulegen.

Wirtschaftsförderung

Am 8. Mai tat er dies nun vor dem Kreistag. In allen Bereichen gab es wichtige Erfolge und wegweisende Maßnahmen zu verzeichnen: Um die Arbeitsplatzsituation zu verbessern, hat der Landrat schon kurz nach seinem Amtsantritt die Stabsstelle Wirtschaftsförderung geschaffen. Sie ist Ansprechpartnerin für Unternehmen, Ansiedlungsmaßnahmen, Marketing und Unternehmensnetzwerke. Sie berät, begleitet und informiert die heimische Wirtschaft und knüpft überregional Kontakte.

So hat sie die Errichtung eines Innovations- und Gründerzentrums und den Aufbau des IT-Clusters Bamberg zusammen mit der Stadt Bamberg maßgeblich mitbetreut, die Wirtschaftsregion Bamberg-Forchheim mit auf den Weg gebracht und die Einbindung des Landkreises in die Metropolregion Nürnberg erreicht (dort ist Denzler inzwischen stellvertretender Ratsvorsitzender). Die Wirtschaft dankt es mit Neuansiedlungen und Firmenerweiterungen, die Presse mit immer besseren Rankings (FOCUS MONEY: Rang 18 unter den Top-Aufsteigerregionen Deutschlands).

„Gut Holz“ im Landkreis Cham

Gelungener Auftakt des Festivals zu Kultur und Natur „Faszination Wald - Baum - Holz“

Das Festival zu Kultur und Natur „Faszination Wald - Baum - Holz“ im Landkreis Cham (www.holzfestival.de), das von Mai bis Oktober dauert, ist in Cham erfolgreich gestartet. Landrat Theo Zellner zeigte sich in einem Resümee sehr erfreut, dass sich der Aktionstag „Gut Holz“ zu einem derart großen Publikumsmagneten entwickelte. Die Veranstalter schätzen, dass sich rund 15.000 bis 20.000 Besucher auf dem Festplatz in Cham getummelt haben.

„Der Besucherandrang hat gezeigt, dass das Thema „Wald“ und „Holz“ bei der Landkreisbevölkerung auf großes Interesse stößt. Unser Konzept, eine gute Mischung aus Tradition und Innovation, Information und Unterhaltung, Wirtschaft, Kultur und Natur anzubieten, ist voll aufgegangen,“ meinte der Landrat. „Die Auftaktmesse „Gut Holz“ zum landkreisweiten Holzfestival hat einmal mehr gezeigt, dass es im Landkreis Cham ein bestens funktionierendes Netzwerk von Wirtschaft und Kultur, öffentlichen Einrichtungen und privaten Initiativen, von Vereinen und Verbänden gibt. Für den Aufbau eines Clusters Forst und Holz im

Auf eine Vision Denzlers geht das Flussparadies Franken zurück: „Zwischen Main und Regnitz haben wir mehr Wasserfläche als beispielsweise das neue Fränkische Seenland. Zusammen mit unserer herrlichen Landschaft, den zahlreichen Kulturdenkmälern und den idealen Wander- und Radfahrbedingungen ergibt das ein unglaubliches Potential für einen sanften Tourismus“, wirbt er seit Jahren für seine Idee. Und er hat Gehör gefunden: Seit 2002 läuft das Projekt Flussparadies Franken, zunächst unter der Regie des Wasserwirtschaftsamtes, seit 2005 gibt es einen Trägerverein.



Dr. Günther Denzler.

Seit dem Amtsantritt Denzlers hat das Landratsamt immer wieder in Sachen Verwaltungsreform von sich reden gemacht: Aus dem Pfortnerhäuschen wurde bald eine Infothek, aus dem Schalteraum der Zulassungsstelle ein frei zugänglicher freundlicher Bereich mit Sitzgelegenheiten, die Bauabteilung hat eine zentrale Anlaufstelle, die Öffnungszeiten des Amtes wurden kontinuierlich ausgeweitet, die Krankenhausverwaltung und das Gebäudemanagement sehr erfolgreich privatisiert. Dass alle Mitarbeiter mit PC und Netzwerk ausgestattet sind und sich ganze Sachgebiete als Pilotenwender zur Verfügung stellen, ist längst selbstverständlich.

Intensiv widmet man sich den Themen Führung, Fortbildung und Familienfreundlichkeit. Gerade für diesen letzten Punkt

wurde das Landratsamt Bamberg im November von der Bayerischen Staatsregierung ausgezeichnet. Die nächste Herausforderung wartet schon: Ab 2007 soll der Haushalt doppisch gebucht werden.

Stadt und Landkreis

Die augenfälligsten Zeichen einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis Bamberg waren in den vergangenen 10 Jahren die Fusion der Stadt- und Kreissparkasse, die Gründung des Zweckverbandes Gymnasien, ein gemeinsamer Nahverkehrsplan und der Ausbau eines Flugplatzes für Geschäftsflugzeuge. Zunehmend etabliert sich die Kooperation im Bereich Tourismus und Kultur (Radlguide, Kulturhauptstadtbeerbung, Finanzierung der Bamberger Symphoniker).

Vielfalt pur bei Oberfranken-Ausstellung in Bayreuth:

Blütenräume und Sportskanonen

Oberfrankens größte Verbrauchermesse setzte in Bayreuth Zeichen: Eine Woche lang, bis 14. Mai, zeigten rund 350 Aussteller in 16 Hallen die neuesten Trends und Produkte.

Der neue Oberbürgermeister der Wagnerstadt, Michael Hohl, erklärte, dass keine andere Veranstaltung „die Leistungsfähigkeit und Kreativität der oberfränkischen Wirtschaft, von Unternehmen, Kommunen, Kammern und Hochschulen, aber auch den hervorragenden Ausbildungsstand und den Innovationsgeist der Menschen in Oberfranken“ derart großartig vor Augen führe.

Fest für die Sinne

Mit einem Begleitprogramm der Superlative wurde die Oberfranken-Ausstellung zum Erlebnis für die ganze Familie. Ein Fest für die Sinne war z. B. die große Orchideenschau mit über 20.000 Blüten. Europas größter Orchideenzuchtbetrieb brachte die edlen Blumen in Spezialbehältern nach Bayreuth und baute eine prachtvolle Tropenlandschaft auf.

„Sport live“

Ein weiteres Highlight: Fast zwei Dutzend Sportvereine aus und um Bayreuth zeigten unter dem Motto „Sport live“ ein Non-stop-Programm an sportlichen Höhepunkten. Die Sonderschau lud zum Mitmachen und Ausprobieren ein.

Effizienter Energieeinsatz in Haus und Wohnung, moderne

Die bereits angesprochene Familienfreundlichkeit beschränkt sich nicht auf das Landratsamt; vielmehr sollen die Menschen in die Lage versetzt werden, ihr Leben kompetent selbst zu regeln. Dazu gehören Informationsangebote über Kinderbetreuungs-möglichkeiten, Jugendarbeit, Gesundheitsbildung und eine ausgewogene Infrastruktur ebenso wie die öffentliche Anerkennung ehrenamtlichen Engagements oder die Sanktionierung von Sozialmissbrauch.

Denzler, „der dezente, dynamische Dirigent“, wie er von einer Journalistin einmal beschrieben wurde, betont jedoch, dass die positive Entwicklung in den letzten 10 Jahren nicht das Verdienst eines Einzelnen ist: „Es bedarf vieler Köpfe und Hände, um das Gemeinwesen voranzubringen: Politisch Verantwortliche, Unternehmer, Behörden, Ehrenamtliche und nicht zuletzt tüchtige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“. Er nutzte die Kreistagssitzung, sich bei ihnen allen für die Unterstützung zu bedanken.



V. l.: Regierungspräsident Ludwig Schmid, der Vorsitzende des Naturparkvereins Landrat Dr. Karl Voegelé, Forstbetriebsleiter Hubert Droste, Vize-Vorstand Oberbürgermeister Dr. Paul Wengert, Leitender Forstdirektor Reinhold Hoyer und Naturparkgeschäftsführer Werner Platteder.

Naturparkverein Augsburg Westliche Wälder e. V.:

Vielversprechende Akzente

Der Naturparkverein Augsburg Westliche Wälder e. V. setzt in diesem Jahr neue Akzente. Auf der jüngsten Vorstandssitzung waren sich die Vorstandsmitglieder unter Vorsitz von Landrat Dr. Karl Voegelé einig, den Naturpark Augsburg Westliche Wälder im Wettbewerb mit anderen Regionen attraktiv zu erhalten.

Der Naturparkverein setzt dabei auf die Unterstützung des Bayerischen Forstes, der Gemeinden und Vereine. Voegelé freute sich über die zukunftsweisenden Vorhaben: „Ziel ist es, unseren Gästen Augsburgs Westliche Wälder als interessante und erlebnisreiche Ausflugsregion mit unschätzbarem Wert zu präsentieren.“ Auch der Vize-Vorstand, Oberbürgermeister Dr. Paul Wengert, begrüßte die Initiativen des Naturparkvereins.

Römerweg Via Julia

In Kürze wird der Römerweg Via Julia durch den Naturpark bis zur Donau markiert sein. Diese antike Straße führt von Italien über Salzburg nach Augsburg, und weiter durch den Naturpark nach Günzburg. Im Mai werden außerdem drei Nordic Walking Stützpunkte bei Anhausen, Fischach und Zusmarshausen eröffnet. Anlässlich des Jahres der Naturparke organisiert der Naturparkverein am 16. Juli ein Naturparkfest in Biburg. Im Naturpark-Haus in Oberschönenfeld werden vier Sonderausstellungen mit den Titeln „Muscheln und Schnecken“, „Schützenswertes Wattenmeer“, „Naturinstallationen“ - eine Ausstellung eines Künstlers, der mit Naturmaterialien arbeitet, sowie „Bienen und Imkerei“ stattfinden.

Im Bereich der Landschaftspflege steht insbesondere das „Projekt Deuringen“ an vorderster Stelle. Auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz der Amerikaner im Stadtberger Ortsteil Deuringen sollen heuer Biotoppflegemaßnahmen und ab dem nächsten Jahr auch Erholungsmaßnahmen realisiert werden.

Große Bedeutung

Voegelé und Wengert freuten sich darüber, dass durch die Reform der Bayerischen Staatsforstverwaltung eine Stärkung der Bereiche Umweltbildung und Erholung im Naturpark erreicht wurde. sicherte zu, dass das Naturpark-Haus zukünftig als Wald-erlebniszentrum des Forstes anerkannt sei und seine waldbezogenen Angebote noch erweitern könne. Auch der Forstbetrieb Zusmarshausen stellte weitere Investitionen in Erholungseinrichtungen im Naturpark in Aussicht. Voegelé hob hervor, welche große Bedeutung dem Naturpark „Augsburg - Westliche Wälder“ mit fast einer Million Besuchern jährlich im mittelschwäbischen Raum zukomme. In der Landschaftspflege, als Erholungsgebiet und nicht zuletzt als Naturbildungseinrichtung mit dem Naturpark-Haus als Zentrum habe der Naturparkverein eine vorzügliche Stellung, die es, nicht

zuletzt für den aufstrebenden Tourismus, weiter auszubauen gelte.

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KP in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherjable (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 40 vom 01.01.2006

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

76,10 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

38,25 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) 27,- zzgl. MwSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Vater der Fränkischen Mundart-Theater-Bewegung geehrt

Egloffstein - Der Gründer der Fränkischen Mundart-Theaterbewegung, Franz Och (75), wurde in „Würdigung seines beispielhaften Einsatzes für die Pflege des Mundarttheaters in Franken und für seinen langjährigen Einsatz für die Arbeitsgemeinschaft Mundarttheater Franken e. V.“ mit der Medaille „Für vorbildliche Heimatpflege“ ausgezeichnet.

Die Ehrung vollzog Landtagspräsident a. D. Johann Böhm in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege e. V. im Rahmen eines Festaktes aus Anlass des 25jährigen Jubiläums der gesamtfränkisch aktiven Theatergemeinschaft in dem Kurort Egloffstein in der Fränkische Schweiz. Hier hat auch der Kommunalpolitiker Franz Och 1981 die Fränkische Theaterbewegung ins Leben gerufen.

Zielstrebig baute er die Organisation auf und schaffte ein Minimum an Strukturen in Unterfranken, Mittelfranken und Oberfranken sowie auch im württembergischen Hohenlohe-Franken auf. Als Folge der Wiedervereinigung Deutschlands war auch ein Zusammenfinden mit dem fränkischen Sprachraum in Südhüringen möglich, freut sich Franz Och, der auch im Jahr 2000 zu den ersten Europäischen Mundart-Theatertagen in das Mühlentheater Kleinseebach bei Erlangen eingeladen hatte.

eo

Resolution des Gemeindetags Oberbayern:

Breitbandversorgung auch im ländlichen Raum!

Bei einer Tagung der Bezirksversammlung Oberbayern des Bayerischen Gemeindetags in Ruhpolding konnte der Vorsitzende, Erster Bürgermeister Rudolf Heiler, Landwirtschaftsminister Josef Miller als Gastredner begrüßen. Zudem wurde eine Resolution, die sich mit den Schwerpunkten Kommunikationstechnologien und Regionalpolitik befasst, verabschiedet.

Darin wird die Bayerische Staatsregierung aufgefordert, eine flächendeckende Anwendung neuer Kommunikationstechnologien, die für die ländlichen Regionen Bayerns geeignet sind, zu unterstützen und den Wettbewerb von Diensten und Infrastrukturen voranzutreiben.

Darüber hinaus fordern die oberbayerischen Gemeinden, die Möglichkeiten der europäischen Regionalpolitik unter Förderung des ländlichen Raums im Rahmen der so genannten zweiten Säule der europäischen Agrarpolitik verstärkt zu nutzen. Die EU-Kommission habe den Mitgliedstaaten ausdrücklich empfohlen, den Fond für die ländliche Entwicklung (ELER), in dem für die Förderperiode 2007 bis 2013 ca. 70 Mrd. Euro zur Verfügung stehen, für den flächendeckenden Ausbau der breitbandigen Telekommunikationsinfrastruktur einzusetzen. Die Bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, die Fördermittel der zweiten Säule der Agrarpolitik entsprechend einzusetzen und in dem ELER-Entwicklungsprogramm im Schwerpunkt „Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft“ auch für den Ausbau der Breitband-Infrastruktur Sorge zu tragen.

Breitbandinternet

Zudem soll die Bayerische Staatsregierung eine Initiative zur Förderung des Aufbaus einer möglichst flächendeckenden Telekommunikations-Infrastruktur starten. Breitbandinternet entwickle sich immer mehr zu einem bedeutenden Teil der Arbeits- und Lebenswelt. Das neue Kommunikationsmedium ermögliche sowohl Unternehmen und öffentlichen Institutionen als auch beruflichen und privaten Anwendern spürbaren Zusatznutzen. Aus diesem Grund entwickle sich der Zugang zum Breitbandinternet zunehmend zu einem wichtigen Standortfaktor für Kommunen und Unternehmen.

Erheblicher Nachholbedarf

In den ländlichen Regionen Bayerns bestehe sowohl bei der Verfügbarkeit als auch bei der Nutzung von Breitbandanschlüssen ein erheblicher Nachholbedarf. Nach der jüngsten Mitteilung „Überwindung der Breitbandklüfte“ der EU-Kommission vom März dieses Jahres stand im Januar 2005 bereits 90 Prozent der Bevölkerung im städtischen Raum, aber nur 60 Prozent der Bevölkerung in ländlichen Gebieten ein DSL-Anschluss zur Verfügung. Und auch die Übertragungsraten bzw. die Verbindungsgeschwindigkeiten seien im städtischen Raum deutlich höher als in peripheren Regionen.

Daher sei es jetzt das Gebot der Stunde, alle Kräfte zu mobilisieren und die Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze durch eine flächendeckende, leistungsfähige Breitbandinfrastruktur auch in den ländlich geprägten Regionen Bayerns zu schaffen. Anzustreben sei, kommunikationstechnische Chancengleichheit zu schaffen, so die oberbayerischen Gemeindetagsmitglieder.

In einem Impulsreferat hatte Landwirtschaftsminister Josef Miller zuvor darauf hingewiesen, dass die Rahmenbedingun-

gen für die ländlichen Räume tiefgreifenden Veränderungen unterliegen. Lange Zeit sei der Auslöser hierfür vor allem der landwirtschaftliche Strukturwandel gewesen. In letzter Zeit wirkten sich aber immer deutlicher Entscheidungen wie die EU-Erweiterung, die Globalisierung der Märkte sowie das Entstehen von Metropolregionen und Clustern auf die Entwicklung der ländlichen Räume und der Dör-



Rudolf Heiler.

fer aus. Die Zunahme des inzwischen weltweiten Wettbewerbs und dadurch bedingt die Verstärkung der Waren- und Handelsströme mit dem damit verbundenen hohen Verkehrsaufkommen sowie die Ausweisung von Siedlungs- und Gewerbegebieten veränderten die Struktur der Dörfer in immer größerem und zunehmend sichtbarem Ausmaß.

Veränderte Dörfer

Überlagert würden diese Veränderungen durch eine unausgewogene demographische Entwicklung, betonte der Minister. Derzeit verändere sich das Erscheinungsbild der Dörfer gravierend. In vielen Gehöften seien die Ställe ohne Vieh und die Futterberge- und Maschinenhallen stundenlang leer. In immer mehr Häusern wohnten nur alte Menschen, so dass sich die Frage stelle, „was aus unseren Dorfkernen wird, wenn diese Menschen nicht mehr leben“. Die Dorfkern drohten zu veröden, während an den Rändern neu gebaut und dadurch Land verbraucht werde. Gerade diese Vielschichtigkeit der Entwicklung stelle für die ländlichen Räume eine große Herausforderung dar - und dies in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte.

Cluster-Initiative

Um das große Potenzial der ländlichen Räume auszuschöpfen, seien gestaltende und aktivierende Maßnahmen erforderlich, betonte Miller. Auf übergeordneter Ebene biete die Cluster-Initiative der Bayerischen Staatsregierung große Chancen. Für die ländlichen Räume besonders erfolgversprechend seien die unter Federführung seines Ressorts initiierten Cluster „Ernährung“ sowie „Holz und Forst“.

Regionale Wertschöpfungsketten müssten ausgebaut und gefördert werden, ebenso Netzwerke zwischen der Land- und Ernährungswirtschaft. Die Land- und Ernährungswirtschaft biete mit dem Handwerk und dem Mittelstand vielfältige Möglichkeiten für regionale Märkte und eine Erhöhung der Wertschöpfung. Inzwischen gebe es viele gelungene Beispiele für eine de-

zentrale Energiegewinnung in der Nahversorgung.

Einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der regionalen Wertschöpfung leiste auch die Direktvermarktung, die mit gezielten Maßnahmen gefördert werden müsse, erklärte Miller. Regionale Produkte bedeuteten kurze Wege, frische Ware und klare Herkunft. Produktion und Verbrauch blieben in der Region. Die Herkunft der Lebensmittel werde für den Verbraucher wieder nachvollziehbar.

Global denken, lokal handeln

Die mit der Globalisierung erfolgte Internationalisierung des Lebens auch in den ländlichen Räumen erfordere die Beherzigung des Leitspruchs „Global denken, lokal handeln“, fuhr der Minister fort. Wegen der Überlagerung mit der demographischen Entwicklung und der damit verbundenen rückläufigen Auslastung der kommunalen Infrastruktur und der knappen finanziellen Mittel sei künftig noch gezielteres und effektiveres, sektorübergreifendes Denken und Handeln gefragt. Gefragt seien integrierte Projekte und Programme sowie geeignete Netzwerke.

Zielsetzung

Mit dieser auf den Gedanken der Vorsorge und einer neuen Verantwortungsgemeinschaft des Staates mit den Bürgern und Gemeinden ausgerichteten Politik verfolgt Miller folgende Ziele:

- Wahrung und Entwicklung eigenständiger und gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in vitalen ländlichen Räumen,
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit,
- Verbesserung der Lebensqualität,
- Erhalt und Entwicklung von Arbeitsplätzen und Zukunftsperspektiven,
- aktive Gestaltung des Strukturwandels,
- Unterstützung von Wachstumspotenzialen,
- gemeinsame Erarbeitung maßgeschneiderter Lösungen unter besonderer Berücksichtigung der regionalen Identität und Bedürfnisse.

„Diese Ziele werden wir aber nur dann erreichen, wenn das immer noch verbreitete ‚Kirchturm-Denken‘ rasch einer neuen Bereitschaft zum überörtlichen Denken und Handeln weicht“, betonte der Minister. Viele Herausforderungen im ländlichen Raum könnten am wirkungsvollsten mit kommunalen Allianzen gemeistert werden.

Schlüsselinstrument ILE

Mit der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE) biete das Landwirtschaftsministerium ein Schlüsselinstrument zur Umsetzung dieser Politik an. Im Mittelpunkt stünden verstärkt die Erarbeitung und Umsetzung gemeindeübergreifender, integrierter ländlicher Entwicklungskonzepte, deren Träger die kooperierenden Gemeinden sind. Mit diesen Gemeindeallianzen baue man auf die Kreativität der in den ländlichen Regionen lebenden Menschen und auf dieses hohe endogene Entwicklungspotenzial. Mit der ILE bringe sich laut Miller die Verwaltung für Ländliche Entwicklung noch konsequenter als aktivierende Verwaltung ein. Verfolgt werde das Leitbild einer Verwaltung, die wenig kostenintensiven neuen Initiativen nicht nur Geldge-

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Ich kann kaum noch den Anpfiff des Eröffnungsspiels der Fußball-WM erwarten.“ Mein Chef, der Bürgermeister, war gerade dabei, seinen Terminkalender zu filzen, damit er auch ja an allen Spieltagen abends ohne Termine ist.

Ich persönlich febere dem ultimativen Anstoß auch entgegen - vor allem, weil dann der Spuk ein absehbares Ende hat und die WM-Hysterie hoffentlich schnell vorbei geht. Jeder, der jetzt „typisch Frau“ denkt, kriegt von mir die Rote Karte. Denn erstens sind die deutschen Fußball-Damen Weltmeister, was die Herren erst noch werden müssen (wenn Costa Rica sie nicht vom Platz fegt). Und zweitens bin ich nicht nur selbst sportlich, sondern ziemlich an Sport interessiert. Ja, ein gutes Spiel schaue ich mir gerne an (Traumbegabung Brasilien-Frankreich). Was mich aber tierisch nervt, ist der Rummel drum



lange erhoffte wirtschaftliche Stimulans und Regierende sprechen von der WM als „Jahrhundertereignis“, als sei unser neues Centenarium schon fast vorbei. Halt, Stopp Leute. Natürlich ist es eine großartige Sache, wenn die besten Nationalmannschaften des Globus nach Deutschland kommen und mit ihnen Tausende Fans. Klar ist es eine faszinierende Chance für die

Selbstdarstellung des Landes, wenn hunderte Millionen Menschen über Deutschland hören, lesen und sich vor der Glotze die Spiele reinziehen. Aber es ist halt ein Sportereignis, keine Schicksalswende - und schon gar kein Grund, das ganze Land in eine riesige Fan-Kurve zu verwandeln.

Ich kann jedenfalls die gut verstehen, die auf die harmlosen Buchstaben W und M mittlerweile allergisch reagieren oder den schönen Fußballsport unter der Kommerzialisierung leiden sehen, wenn in deutschen Stadien nur gelbes Wasser als Bier verkauft werden darf, die deutschen, französischen und italienischen Spieler mit denselben koreanischen Autos fahren müssen und der Weltfußballverband aus einem Sportfest eine millionenschwere Trade-Mark macht.

Das ist die Stunde der WM-Flüchter. Die Tourismusbranche will daran verdienen, wenn auch nicht jeder so pfiffig ist wie die Schweizer, die deutsche Frauen auf der Homepage des Tourismusverbands mit der Verheißung auf Flirts mit echten männlichen Sahneschnitten ins Fußball-Exil locken wollen.

Mein Chef, der Bürgermeister, geht die Sache zweigleisig an. Für die Fußball-Fans organisiert die Stadt eine Großbildübertragung auf dem Marktplatz. Für die Fußball-Aussteiger bietet seine Partei an den Spielabenden als Alternativprogramm Film-Soiréen mit Klassikern à la Casablanca. So bietet er wieder allen was. Und sollten die deutschen Herren es den Damen nicht nachmachen, Weltmeister zu werden, kann er auf das heutige Kalenderblatt mit dem Spott Oscar Wildes zurückgreifen: „Als Spiel für harte Mädchen mag Fußball noch angehen, doch ist er kaum geeignet für zarte Jungen“.

ihre
Sabrina

Das ist die Stunde der WM-Flüchter!

herum. Ob Magermilch, Scheuerpulver oder Herrensocken - überall wird mit der WM geworben. Klar, Bier, Knabberzeug und Fernseher gehören so untrennbar zum Fußball wie die Senf zur Weißwurst. Aber warum Banken WM-Anleihen anbieten, Kommunikationsanbieter WM-Tarife offerieren oder Gartenmärkte WM-Angebote haben, bleibt im Dunkeln der Geheimwissenschaft Marketing.

Das Nervendste sind die krampfhaften Versuche der Politik, mit dem WM-Hype Punkte zu machen. Schon in normalen Zeiten irritiert der unablässige Gebrauch von Begriffen und Metaphern aus dem Fußball im politischen Geschäft. Ob Links, Rechts oder Mittelfeld, so manche Parteitagrede hört sich an wie „Heute im Stadion“ und bei etlichen Presseerklärungen muss man zweimal auf den Absender gucken, um sich zu vergewissern, dass sie von der Pressestelle einer politischen Partei und nicht vom Fanclub eines Bundesligavereins kommt. Aber jetzt hat man ja manchmal den Eindruck, das Wohl und Wehe der Republik hängt an der Fußball-Weltmeisterschaft. Da laufen Image-Kampagnen, riesige Fußballschuhe stehen vor dem Reichstag, der Chefvolkswirt einer großen deutschen Bank behauptet, die Weltmeisterschaft sei die

Landkreis Bayreuth:

Kommunaler Spielraum gleich Null

Im Rahmen einer Bürgermeisterbesprechung hat Bayreuths Landrat Dr. Klaus-Günter Dietel erklärt, dass den meisten Landkreiskommunen im vergangenen Jahr nennenswerte finanzielle Gestaltungs- und Handlungsspielräume „nicht oder nur noch eingeschränkt“ zur Verfügung standen. Oberste Priorität komme daher der Sicherung vordringlicher Pflichten und der Erfüllung bestehender unabwiesbarer rechtlicher Verpflichtungen zu.

2006 zeichne sich zwar eine moderate Erholung der kommunalen Einnahmen (siehe Einkommensteuer, Gewerbesteuer) ab; dies dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass einige Gemeinden auch weiterhin erhebliche Probleme haben werden, ihre Haushalte auszugleichen, so Dietel.

Die Pflichtzuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt konnten im Jahr 2005 22 Kommunen (dies sind zwei Drittel aller Städte, Märkte und Gemeinden im Landkreis) nicht erwirtschaften. Eine freie Finanzspanne (Einnahmeüberschuss) hatten im Haushaltsjahr 2005 nur elf Landkreiskommunen. Gegenüber dem Haushaltsjahr

2004 ist Dietel zufolge die Gesamtverschuldung der Kommunen erneut gestiegen und hat Ende 2005 rund 132 Mio. Euro betragen. Seit dem Haushaltsjahr 2000 wächst die „Schuldenmauer“ jährlich durchschnittlich um 7,2 Prozent. Große Sorge bereitet nach Aussage des Landrats die Zunahme der beanspruchten Kassenkredite. Diese haben sich von 2001 bis 2005 bei den Landkreiskommunen von rund 16,3 Mio. Euro um über 31 Prozent auf mehr als 21,3 Mio. Euro erhöht. Leider seien etliche Gemeinden aus Finanznot dazu übergegangen, dauerhaft laufende Ausgaben zu finanzieren und nicht nur vorübergehende Liquiditätsengpässe zu überbrücken. Dies führe zu einer zusätzlichen „versteckten“ Verschuldung.

Weniger Geld für wichtige Investitionen

Deutlich weniger Finanzmittel stehen den Kommunen nach den Ausführungen des Landrates für wichtige Investitionen zur Verfügung. Zwischenzeitlich liegt der in den Kommunalhaushalten ausgewiesene Betrag - 2005 waren es über 54 Mio. Euro - rund 43 Prozent unter dem Niveau von 1994. Dietel: „Dies beeinträchtigt in besonderem Maße

unsere heimische Wirtschaft, denn bekanntermaßen sind die Kommunen die größten Auftraggeber für die freie Wirtschaft bei öffentlichen Aufträgen.“

Wenn auch für das Haushaltsjahr 2006 noch keine detaillierten Zahlen vorliegen, zeichne sich dennoch ein positiver Trend ab, unterstrich Dietel. Gut die Hälfte der Gemeinden dürften ihre Haushalte ordnungsgemäß finanzieren können.

Die um 0,3 Prozentpunkte gesenkte Kreisumlage von 41,4 Prozentpunkten dürfte auch 2006 bayernweit wie seit Jahren den niedrigsten Hebesatz aufweisen. Gegenüber dem Vorjahr sei die Einkommensteuerbeteiligung der Gemeinden weitgehend unverändert und belaufe sich auf voraussichtlich 31,1 Mio. Euro. Über 21,5 Mio. Euro erhielten die Landkreiskommunen in diesem Jahr an Schlüsselzuweisungen vom Freistaat Bayern. Dies sei gegenüber 2005 ein Plus von über 735.000 Euro.

Allein im vergangenen Jahr sei das Gewerbesteuer-Istaufkommen um über 1,4 Mio. Euro auf 14,3 Mio. Euro gestiegen. Während drei Kommunen im Landkreis hohe Zuwächse verzeichnen konnten, mussten fünfzehn Kommunen Verluste beklagen. Die Gemeinden, die über gewerbesteuerzahlende Betriebe verfügen, können nach Dietels Aussage aufgrund der allgemein besseren wirtschaftlichen Situation auch 2006 mit guten Einkünften aus dieser Steuer rechnen. DK

Lernende Region Schwandorf:

Die Erfolgsbilanz einer „gewagten Vision“

„Es war eine gewagte Vision, aber es ist etwas Handfestes und sehr Erfolgreiches daraus geworden. Wir können uns sehen lassen. Die Arbeit der Lernenden Region dient allen Bürgern im Landkreis, ganz besonders den jungen Leuten“, hat Landrat Volker Liedtke bei der Mitgliederversammlung des Vereins Lernende Region Schwandorf festgestellt. Bei den anschließenden Neuwahlen wurde der Landkreischef in seinem Amt als erster Vorsitzender der Lernenden Region bestätigt.

Charlotte Pelka, Geschäftsführerin der Lernenden Region, zog eine Erfolgs-Bilanz über die Arbeit des Projekts in den vergangenen vier Jahren. Die Lernende Region Schwandorf wird durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (bmbf) und durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert. Insgesamt spreche man über ein Budget von rund 1,75 Millionen Euro. Rund 415.000 Euro bringt der Verein aus eigenen Mitteln oder Drittmitteln auf.

Der Verein hat es sich unter anderem zur Aufgabe gemacht, alle Bildungseinrichtungen im Landkreis zu vernetzen und das Motto „Lebenslanges Lernen“ voranzubringen. „Das Netzwerk ist aufgebaut und funktioniert“, sagte Pelka. Die Bildungsträger im Landkreis treffen sich zweimal jährlich zum Erfahrungsaustausch. Der Newsletter der Lernenden Region werde mittlerweile von mehr als 600 Abonnenten, Institutionen, Schulen, etc. im Landkreis bezogen und angefordert. Die drei eingerichteten Arbeitskreise treffen sich regelmäßig.

Außerdem sind laut Pelka im Bildungsportal auf der Homepage der Lernenden Region über

1200 Adressen von Ansprechpartnern rund um das Thema Bildung gespeichert, momentan werden im Veranstaltungskalender mehr als 400 gesammelte Veranstaltungen quer durch den Landkreis geführt. Im Laufe der Zeit wurden vier sogenannte „Lernpunkte“ im Landkreis eingerichtet. Alle Interessierten können in den Stadtbibliotheken Schwandorf und Burglengenfeld sowie im Touristikzentrum Nabburg als auch im Jugendtreff Neuburg kostenlos am Computer auf der Homepage der Lernenden Region recherchieren und sich über Lebenslanges Lernen informieren.

Steigende Zahlen

„Auch die Lern- und Beratungsagentur entwickelt sich sehr gut, wir verzeichnen ständig steigende Beratungszahlen“, meinte Pelka. In den vergangenen eineinhalb Jahren wurden 150 Einzelberatungen durchgeführt, bei denen die individuellen Chancen und Möglichkeiten in der Weiter- oder Ausbildung dargelegt wurden. Neben den Beratungen bietet die Lern- und Beratungsagentur (LUBA) auch Kompetenzorientierung für

Schüler an. Hier werden die Schüler dazu motiviert, sich über ihre eigenen Kompetenzen klar zu werden und diese in ihren Bewerbungen deutlich herauszuarbeiten und darzustellen.

Vernetzte Kooperation

Auch das Projekt Ausbildungsplatzakquisiteur, ein Kooperationsprojekt der Lernenden Region mit der Agentur der Arbeit, läuft hervorragend, sagte die Geschäftsführerin. Ausbildungsplatzakquisiteur Holger Schenk hat laut Pelka von August 2003 bis Ende 2005 knapp 1000 Betriebe im Landkreis ein- oder mehrmals besucht. Das ergebe mehr als 2300 Betriebskontakte. „In diesem Zeitraum sind an die Agentur für Arbeit über 460 Ausbildungsplätze weitergegeben worden. Der Erfolg aus Holger Schenks Tätigkeit ist eine spürbare und deutliche Verbesserung der Ausbildungssituation und der vernetzten Kooperation aller Beteiligten“, sagte Charlotte Pelka. Darüber hinaus sei Schenk auch als Berater und Unterstützer der Ausbildungsplatzsuchenden tätig, zum Beispiel begleite er Schüler in einigen Schulprojekten auf ihrem Weg in den Beruf. Seine Arbeit sei auch beim zuständigen Ministerium mehr als anerkannt.

Drei Teilprojekte

Desweiteren arbeitet die Lernende Region im Moment auch noch an drei Teilprojekten. Mittlerweile befinden sich nahezu 30 E-learning-Kurse im System der Lernenden Region. Beispielsweise werden Prüfungsvorbereitungen für Metall- und Elektro-Berufe, aber auch für kaufmännisch orientierte Kurse, angeboten. Auch das Projekt Schüler unter-

richten Schüler war ein sehr erfolgreiches Modell zur Berufsorientierung. Dabei wurden Lehrer von Berufsschulen und Hauptschulen zum Thema Bewerbung gecoacht. Die Berufsschullehrer erarbeiteten zusammen mit ihren Schülern ein Konzept und unterrichteten Hauptschüler anhand der Ergebnisse.

Außerdem wurden mehrere sogenannte „blended-learning-Kurse“ mit rund 25 Frauen abgehalten. Ziel war es, die Arbeitnehmer schon während der Elternpause im Zusammenhang mit dem Unternehmen zu qualifizieren. Es wurden Arbeitszeitmodelle entwickelt, die es bei der Rückkehr in den Betrieb möglich machen sollten, Familie und Beruf vereinbaren zu können. Das dritte Teilprojekt unter dem Motto „Lernen an neuen Lernorten - Lernen zu den Menschen bringen“ verlief so erfolgreich, dass es heute vom Kolpingbildungswerk weitergeführt wird. Es werden beispielsweise Computerkurse oder Selbstsicherheitstrainings für Frauen angeboten.

Auch für die Zukunft hat sich die Lernende Region viel vorgenommen. In den vergangenen Monaten wurde ein Gesamtkonzept erarbeitet, um die Jugend Arbeitslosigkeit im Landkreis Schwandorf zu bekämpfen. „Diesen Menschen zu helfen, ist für uns das vorrangigste Problem überhaupt“, betonte Pelka abschließend. **DK**

Wahl in Neutraubling

Heinz Kiechle von der CSU ist neuer Bürgermeister von Neutraubling, Landkreis Regensburg. Kiechle setzte sich mit rund 52 Prozent der Stimmen gegen drei Mitbewerber durch. Die Gegenkandidaten von SPD, einer Bürgerliste und den Freien Wählern erreichten Stimmenanteile zwischen 12 und 21 Prozent. Die bisherige Amtsinhaberin Eleonore Mayer (SPD) stand nach 18 Dienstjahren nicht mehr zur Wahl. **DK**



Landrat Dr. Karl Vogele (links) und sein Stellvertreter Max Strehle, MdL (rechts), gratulierten Stadtbergens Bürgermeister Dr. Ludwig Fink zum 60. Geburtstag.

Glückwünsche vom Landrat

Stadtbergens Bürgermeister Fink feierte 60. Geburtstag

Landrat Dr. Karl Vogele gratulierte jetzt Bürgermeister Dr. Ludwig Fink zu seinem 60. Geburtstag. Der frühere Lehrer steht seit 14 Jahren an der Spitze des rund 15.000 Einwohner zählenden Marktes Stadtbergen.

Vogele bezeichnete Fink als einen konsequenten, verantwortungsvollen und dynamischen Anwalt der Interessen seiner Bürgerschaft, der auch über die Parteigrenzen hinweg große Sympathie und Wertschätzung genießt. 1992 erstmals zum Bürgermeister gewählt, habe Fink Gestaltungskraft bewiesen und sich an die Verwirklichung großer, zukunftsweisender Vorhaben gemacht. Eine ökologisch orientierte Verkehrspolitik liegt dem besonnenen Marktoberhaupt, das sich selbst als sportlichen Hobby-musiker bezeichnet, am Herzen.

Vorbildliche Hingabe

Die Gewerbeansiedlung ist ihm ebenso wichtig wie die Förderung junger Familien. „Mit großem Engagement und vorbildlicher Hingabe weicht Du auch größten Herausforderungen nicht aus. Man merkt, dass Dein Herz für Deine Marktgemeinde schlägt“, lobte der Landrat den Jubilar. Stadtbergens Oberhaupt sei ein Mann, der alles von sich

abverlange, doch dabei nie das Ziel aus den Augen verliere - den Ort zu einem blühenden Gemeinwesen zu gestalten.

Seit 1972 trägt Fink Mitverantwortung in der Kommunalpolitik. Er begann seine Karriere als Gemeinderat in Steppach. Hier amtierte er von 1972 bis 1976. 1984 wurde er schließlich in den Gemeinderat von Stadtbergen gewählt.

Von 1990 bis 1992 übernahm er dann das Amt des 2. Bürgermeisters. Als Mitglied des Aufsichtsrats der Wohnungsbau GmbH für den Landkreis Augsburg setzte sich Fink außerdem immer für eine soziale Wohnungsbau politik und für preiswerten Wohnraum ein. Zehn Jahre lang leitete Fink die Grundschule in Horgau bis 1992. In dieser Zeit habe er die Schule verantwortungsvoll und mit zahlreichen pädagogischen Ideen und Initiativen geführt und mit den Bürgern und Eltern eine einvernehmliche und kooperative Bildungsarbeit verwirklicht, so Vogele. **□**

Vorschau auf GZ 11

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 11, die am 1. Juni erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- Finanzierungsmodelle für öffentliche Aufgaben
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Technische Ausstattung öffentlicher Gebäude

LIEFERANTEN-

GZ

NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Aussenmöblierung

BECK
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Möblierung für Außen
Max-Eyth-Straße 31/1 • 71364 WINNENDEN
Telefon 071 95/69 33 00 • Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Fahnenmasten/Fahnen

Beutelsbacher Fahnenwelt
Inh. Bernd Knödler
Heinkelstraße 44
71384 WEINSTADT
Tel. 07151-995160 info@beutelsbacher-fahnenwelt.de
Fax 07151-995166 www.beutelsbacher-fahnenwelt.de

Fahrradabstellanlagen



Fahrradabstellanlagen



Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

LUNARIA GmbH
Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte
www.lunaria.de

Kehrmaschinen, selbstaufnehmende

SCHMIDT
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D-79837 St. Blasien-Schwarzwald
Tel. 07822 402-100 Fax 07822 402-100

Papierkörbe

der Umwelt zuliebe
EIN GESCHÄFTSBEREICH DER HYDROTEC TECHNOLOGIES AG
Düngstruper Straße 46 • 27793 Wildeshausen
Telefon: +49(0)4431/935549 • Telefax: +49(0)4431/935588
E-Mail: info@iut-umwelttechnik.de • www.iut-umwelttechnik.de

Papierkörbe

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Schacht-Ausrüstungen

Hailo
Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk • Schacht-Ausrüstungstechnik
Posifach 1262 • D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 • Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sport und Freizeitanlagen

KOMPAN
Playful Living
KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 • 24941 Flensburg
Tel.: +49 461 77306-0 • Fax: +49 461 77306-35
E-Mail: kompan.gmbh@kompan.com
www.kompan.com

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner
Kommunal- und Winterdienst-Technik
W. Gmeiner GmbH & Co. KG
Bgm.-Knoll-Straße 26 • D-92245 Küssmersbruck/Amberg
Tel.: +49(0)9621/7685-0 • Fax +49(0)9621/7685-49
E-Mail: info@gmeiner-online.de • www.gmeiner-online.de

Verwaltungsinformationssysteme

www.behördenmanagement.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen **ORION**
www.orion-bausysteme.de

Inserieren bringt Erfolg!

www.bayerische-gemeindezeitung.de

Wassermähler

HYDROMETER
DIE ZUKUNFT ZÄHLT
HYDROMETER GmbH • Industriestraße 13 • 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/38 06 - 601 • Fax: 09 81/18 06 - 615
www.hydrrometer.de

Winterdienst • Schneeräumgeräte • Streumaschinen

SCHMIDT
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D-79837 St. Blasien-Schwarzwald
Tel. 07822 402-100 Fax 07822 402-100